

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Jablan, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Behre, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 1367.

Vertrauenszahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen vierwöchentlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie des Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren die fünfte Spalte 15 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf.

Nr. 98.

Magdeburg, Sonnabend, den 28. April 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Neuzeit und Inneres.

(Maximalarbeitszeit im Textilgewerbe.)  
Deutscher Reichstag.

181. Sitzung. Donnerstag, 25. April 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky.

Zunächst wird das Uebereinkommen zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn zum Schutze der Arbeiterrechte an Werken der Literatur, Kunst und Photographie in dritter Beratung debattiert; ebenso in der Gesamtsitzung.

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Etatsresolutionen, und zwar wird zunächst die Beratung der Resolution Rembold und Gen. (Centr.) betr. Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche fortgesetzt. Nach der Resolution sollen die bestehenden Vorschriften über Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche auf Grund der gemachten Erfahrungen einer Revision unterzogen werden; insbesondere soll darauf Bedacht genommen werden, daß vor Anordnung der Sperre eines Ortes, einer Feldmark oder eines sonstigen Sperrgebietes und des Marktverbots die Notwendigkeit aufs sorgfältigste geprüft und jede Verzugung bei Aufhebung dieser Schutzmaßregeln vermieden wird.

Abg. Bödel (b. l. Fr.) beantragt hinter den Worten „aufs sorgfältigste“ einzufügen: „unter Hinzuziehung von Landwirten“.

Abg. Bödel (b. l. Fr.): Aus den Reihen der kleinen Bauern hört man häufig die Klage, daß bei der Bekämpfung der Seuche viel zu rigoros vorgegangen wird. Deshalb habe ich als wertvolle Ergänzung der Resolution beantragt, vor Anordnung von Sperremaßnahmen Landwirte zu hören. Wenn so die Bauern selbst gefragt werden, so wird niemals bei ihnen der Verdacht aufkommen, daß rein bürokratisch gegen sie vorgegangen wird.

Abg. Dr. Wachter (freisl. Vg.): Die Ausführungen des Vorredners sowie auch seiner Zeit die Rede des Antragstellers zielen wohl auf eine Milderung der Sperremaßnahmen hin. Herr Rembold meinte damals in seiner Begründung, in weiten Kreisen der Landwirtschaft herrsche die Ansicht, daß die Sperremaßnahmen eigentlich überflüssig seien. Soweit gehen wir nicht und auch der Landwirtschaft hat im Jahre 1898 zugestanden, daß bei dem jetzigen Stande der Seuche Sperremaßnahmen unentbehrlich seien. Um keinen Anlaß zu Mißdeutungen zu geben, wollen wir dem ersten Teil des Antrages, der nur Revision der Vorschriften verlangt, zustimmen, nicht dagegen dem zweiten, der die Notwendigkeit der Sperremaßnahmen aufs sorgfältigste prüft und jede Verzugung der Aufhebung derselben vermeiden will. Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diese beiden Absätze der Resolution getrennt abstimmen zu lassen.

Abg. Graf v. Kanitz (Konf.): Ich kann mich für eine solche Milderung der Sperremaßnahmen, wie sie die Resolution Rembold verlangt, nicht begeistern. Sobald die Vorsichtsmaßnahmen genau beachtet werden, erfüllen sie auch ihren Zweck. Ich stimme dem ersten Teile der Resolution Rembold zu, kann mich aber für den letzten Teil nicht erwärmen.

Abg. Herold (Str.) spricht sich für die Resolution und den Zusatz Bödel aus.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Dr. Köhler: Ich kann mitteilen, daß gegenwärtig Untersuchungen im Gange sind, um die bestehenden Vorschriften zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche einer Revision zu unterziehen. Die Absperrung hat sich im allgemeinen immer als gutes Mittel erwiesen. Die Verhängung der Sperre aber erst abhängig zu machen von der Anordnung weiterer Kreise, würde in vielen Fällen verhängnisvolle Folgen haben. Beim Ausbruch der Seuche gilt es, schnell zu handeln, selbst, wenn man dabei eine Maßregel ergreifen sollte, die sich schließlich als überflüssig erweisen könnte. Ein wichtiger Punkt ist übrigens auch die Verschleppung der Seuche durch infizierte Milch. Es empfiehlt sich daher, die Milch, ehe sie in den Handel kommt, zu erwärmen. Ueber den Grad dieser Erwärmung schweben zur Zeit noch Verhandlungen.

Abg. Graf Bernstorff (Welfe) spricht sich für strenge Sperremaßnahmen aus. Wichtig sei auch, daß der Charakter der Maul- und Klauenseuche wissenschaftlich festgestellt werde, selbst, wenn dies erhebliche Kosten verursache.

Abg. Rettko (Konf.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.  
Abg. Lude-Patershausen (B. d. L.): Daß die Grenzsperrung zur Fernhaltung der Seuche notwendig ist, beweist das Vorbild Englands. Auch im Inlande hat die Sperre nur dann einen Zweck, wenn sie energisch durchgeführt wird. Die herumreisenden Händler verbreiten vielfach die Seuche und eine Desinfizierung dieser Händler wäre notwendig.

Abg. Scherre (Rp.): Das einzig wirksame Mittel gegen die Seuche ist die Infizierung der gesamten Viehbestände einer Ortschaft, sobald in ihr der erste Fall konstatiert ist. Dann kann der Ort nach 2 bis 3 Wochen für freie erklärt werden, während jetzt die Anstaltungsgefahr ein ganzes Jahr dauert.

Abg. Graf Kintzow (Konf.) fordert strengste Durchführung der Sperremaßnahmen gegen das Ausland. (Sehr richtig, rechts.)  
In der Abstimmung wird der Antrag Bödel gegen die Stimmen einiger Konservativen abgelehnt. Der erste Teil der Resolution wird einstimmig angenommen, der zweite Teil gegen das Centrum und die Stimmen einiger Konservativen abgelehnt.

Von der Tagesordnung abgelenkt werden die Resolutionen betr. Aufhebung der für die Ausfuhrgegenstände von Schiffen bestehenden Zollfreiheit und betr. den Verkauf von Süßstoffen.

Es folgen Petitionen.  
Eine Petition fordert die Einführung einer Maximalarbeitszeit in der Textilindustrie. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Dabach (Centr.) beantragt Ueberweisung zur Erwägung bzw. Material.

Dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Fischer (Soz.): Ähnliche Petitionen haben bereits dem letzten Reichstag vorgelegen, und zwar immer ausgehend von christlich-sozialen katholischen Arbeitern, sodas von sozialdemokratischer Begehrlichkeit nicht gut die Rede sein kann. Wenn die Petition in so bescheidener Form von katholischen Arbeitern ausgeht, dann hätte, sollte man meinen, das Centrum Mann für Mann für sie eintreten müssen. Als diese Petition zum ersten Male vor das Haus kam, wollte Herr Dabach sie dem Reichskanzler zur Berücksichtigung übergeben, 8 Tage später begünstigte er sich damit, die ersten 4 Punkte dem Reichskanzler

zur Erwägung zu überweisen, die Punkte 5 und 6 aber einfach als Material. Man wird kaum zugeben, wenn man annimmt, daß der Einfluß seiner Partei ihn veranlaßt hat, seinen Standpunkt innerhalb 8 Tagen zweimal zu wechseln. Vor drei Jahren hat sich der Centrumsabgeordnete Herr v. Hertling gegen jede generelle Reduktion der Arbeitszeit erklärt, auch wenn sie ohne Nachteil der Unternehmer durchführbar sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings hatte sich wenige Tage vorher der Centrumsabgeordnete Dr. Hise für die Einführung des 10 Stundentages erklärt.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ganz generell, nicht nur in der Textilindustrie, wird von allen Fabrikinspektoren bereits offen zugestanden. Der nationalliberale Herr v. Hehl erklärte sich seiner Zeit gegen den 10stündigen Maximalarbeitszeit, weil nach den Berichten der Fabrikinspektoren heute bereits in 80 Prozent sämtlicher Betriebe der zehnstündige Arbeitstag erreicht sei. Dies Resultat ist einzig und allein der Kampfesfreudigkeit der Gewerkschaften zu verdanken. Aber gerade für die Textilindustrie trifft die Auffassung, daß die gesetzliche Forderung nicht notwendig sei, weil in anderen Industrien die zehnstündige Arbeitszeit bereits erreicht sei, nicht zu. Zwar ist in der Textilindustrie für die Frauen der 10 Stundentag eingeführt; aber das zwingt gerade die Männer zu gleich langer Arbeitszeit, so daß der zehnstündige Arbeitstag für sie viel schwerer als in anderen Industrien zu erreichen sein wird. Zudem gestatten eine Anzahl von Bestimmungen der Gewerbeordnung dem Arbeitgeber, die Arbeitszeitbestimmung zu durchbrechen. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 7 und 14 Stunden, je nach dem Geschäftsgange. Der Fabrikinspektor in Erfurt sagt, wo die 10stündige Arbeitszeit eingeführt sei, habe sie sich durchaus bewährt. Der Fabrikinspektor für Baden sagt, ein großer Teil der nicht mehr ganz jugendlichen Textilarbeiterinnen mache den Eindruck, als ob er das Leben im Zustande chronischer Ueberwindung zubringe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schwächung der körperlichen Widerstandsfähigkeit hat auch die Schwächung der Willenskraft und damit die Untergrabung der Würde aller Sittlichkeit zur Folge. (Hört, hört! links.) Hier könnte die Centrumpartei, die ihren ganzen Einfluß für die lex Heinze angeblich im Namen der bedrohten Sittlichkeit aufgewendet hat, ihren guten Willen bekunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vor allem spricht für den zehnstündigen Arbeitstag die Tatsache, daß in Ländern, wo der zehnstündigen Arbeitstag oder gar der neunstündigen eingeführt ist, an Leistungsfähigkeit allen Ländern voraus sind, wo eine längere Arbeitszeit herrscht. England, das die höchsten Löhne und die kürzeste Arbeitszeit hat, ist nach wie vor auf dem Gebiete der Textilindustrie weit überlegen. In Lancashire kommen z. B. auf 1000 Spindeln bei kürzerer Arbeitszeit nur 2,4 Mann, im Elsaß bei längerer Arbeitszeit 8,9. Zudem haben die Spindeln in England eine höhere Umdrehungsgeschwindigkeit. In England herrscht das bei uns verpönte konstitutionelle System, da haben die Arbeiter wenigstens bis zu einem gewissen Grade in den Betrieb hineinzureden. Und doch kommt dort auf 60—80 000 Spindeln nur 1 Arbeiter, während im Elsaß auf 15 000 ein Arbeiter kommt. Unbegreiflich muß es bleiben, daß nicht die Unternehmer im eigenen Interesse Verkürzung der Arbeitszeit fordern. Hat doch der frühere englische Arbeitsminister Mundela erklärt: Es sind die längeren Arbeitsstunden der fremden Arbeiter, die uns gegen ihre Konkurrenz schützen.

Weiter können wir uns auf die böhmisch-mährische Textilindustrie beziehen, wo im vorigen Jahre 60 000 Arbeiter den zehnstündigen Arbeitstag errungen haben, natürlich gegen den Willen der Regierung und der Unternehmer. Ein Unternehmer in Brünn, der auf eigene Initiative den zehnstündigen Arbeitstag in seiner Fabrik eingeführt hat, erklärt, daß die ausgereihten Kräfte infolge der intensiveren Arbeit dasjelbe und noch mehr leisteten. Da die Unternehmer aber sich nur sehr selten aus eigener Initiative zur Verkürzung der Arbeitszeit entschließen, so ist es Pflicht der Gesetzgebung sie dazu zu zwingen. Die Arbeiter stellen ganz allgemein und ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit diese Forderung. Der Verein der Textilfabrikarbeiter hat in seiner Generalversammlung im vorigen Jahre eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 8 Stunden gefordert und dies ist eine freimüthige Vereinbarung, der sogar kein Mitglied mit sozialdemokratischer Gesinnung angehört darf. Die Unternehmer reduzieren die Arbeitszeit ganz willkürlich bei schlechtem Geschäftsgang, verbinden aber damit stets auch eine Lohreduzierung. Bei gutem Geschäftsgang ist die Arbeitszeit dann eine übermäßig lange. In England haben die Textilarbeiter vorgeschlagen, im Falle eines schlechten Geschäftsganges, nach Einschätzung in die Geschäftsbücher der Fabrikanten die Arbeitszeit zu reduzieren, die Zahl der überflüssigen Kommissionäre zu beschränken und den darauf entfallenden Betrag auf den Lohn zu legen. 1890/91 wurde dem Bundesrat vom Reichstag die Befugnis gegeben, von der 11stündigen Arbeitszeit in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben Abweichungen anzuordnen. Aber infolge des bekannten Einflusses, den die Unternehmer auf unsere Regierung haben, hat der Bundesrat von dieser Vollmacht keinen Gebrauch gemacht. Daher werden wir, wenn wir auch nicht bei den Textilarbeitern und bei dem zehnstündigen Arbeitstag stehen bleiben, für diese Forderung der Petition als einen ersten Schritt vorwärts eintreten.

Wenn Herr Dabach nur Erwägung der Forderung der Petition verlangt, so ist das ja damit erklärlich, daß er der Centrumpartei angehört. Auch vor drei Jahren, als der 10stündigen Arbeitstag beraten wurde, brachte Herr Hise zuerst einen Antrag auf Einführung der 8stündigen Arbeitszeit pro Woche ein. Dann aber zog sich das Centrum auf einen Antrag Hertling zurück, der Vornahme einer Enquete über besonders gesundheitsgefährliche Betriebe verlangte und den Bundesrat ersuchte, für solche Betriebe von seiner Befugnis, die Arbeitszeit zu verkürzen, Gebrauch zu machen. Das Centrum hat sich aber auch um das Schicksal dieses Antrages nicht weiter gekümmert und der Bundesrat hat ihm keine Folge gegeben. Wir stellen daher diesmal den Antrag, daß die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Fischer (Soz.) findet nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Herr v. Stumm (Rp.): Bei der äußerst schwachen Befürderung des Hauses halte ich die Erörterung dieser so wichtigen Frage für nicht angebracht. Für den Antrag der Kommission auf Ueberweisung dieser Petition als Material werde ich jedenfalls stimmen.

Abg. Wandert (Soz.): Ich bedaure sehr, daß unser Antrag nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, um so mehr, da der Vertreter der Regierung in der Kommission erklärte, die in der Petition angeführten Thatsachen seien der Regierung nicht bekannt. Thatsache ist, daß alles, was in der Petition steht, vollständig zutrifft. Thatsache ist, daß die Arbeitszeit der Textilarbeiter ist viel zu lang, und ihre Löhne sind

sehr schlecht. Der weitaus größte Teil der Weber erhält pro Stunde 2 Pfennig. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Betrieben sind auch viele jugendliche Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der weiblichen Arbeiter von 16—21 Jahren, die im Jahre 1895 bei den Textilarbeitern 121 071 betrug, ist in 2 Jahren auf 124 151 gestiegen. Dabei ist die Arbeit dieser Arbeiterinnen keine leichte. In diesen Betrieben, wo heute eine 14-, ja 16stündige Arbeitszeit die Regel ist, muß eine Verkürzung der Arbeitszeit durchaus gefordert werden. Die Unternehmer selbst gestehen die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit natürlich nur selten ein. Auch in den Färbereien und Bleichereien mit ihrer gesundheitsgefährlichen Arbeit hat man eine Arbeitszeit von 15, 16, ja 17 Stunden. Und welche miserablen Löhne werden da gezahlt. 16—17 Pf. ist selbst bei männlichen Arbeitern das Übliche. Wie beschaffen sind da die Forderungen der Arbeiter und wie unberechtigt ist der Widerstand, den die Unternehmer diesen Forderungen entgegensetzen. Wir halten die Ueberweisung zur Berücksichtigung für durchaus notwendig, damit sich die Regierung veranlaßt sieht, sich mehr als bisher um diese Dinge zu kümmern. Der Abg. Dabach und andere Centrumsabgeordnete haben im christlich-sozialen Textilarbeiterverbande oft schöne Reden gehalten, und das ist vielleicht die Anregung zu dieser Petition gewesen. Wenn es sich aber darum handelt, thatsächliche Verbesserungen herbeizuführen, dann sind die Herren nicht zu haben. Das wird den Arbeitern hoffentlich mehr und mehr die Augen öffnen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schmidt: Der Herr Abg. Fischer-Berlin hat in seiner Rede bemerkt, die sogenannte Buchhausvorlage stütze sich auf unabweisbare und erlogene Behauptungen einer Denkschrift. Eine solche Bemerkung über eine von den verbündeten Regierungen vorgelegte Denkschrift ist durchaus unzulässig (Jura bei den Soz.: Aber wahr!); ich rufe den Herrn Abg. Fischer daher zur Ordnung!

Abg. Stolte (Soz.): Nach den Berichten der Fabrikinspektoren sind die meisten Unfälle nur die Folge der langen Arbeitszeit. Da ist es doch sonderbar, daß der Antrag Fischer keine Zustimmung bei den anderen Parteien gefunden hat. Im Inspektionsbezirk Bismarck sind bei Sonntagsarbeit in einem Jahre über 43 000 Ueberstunden geleistet worden. Was nützt da die Sonntagsruhe, wenn sie befristet übertritten werden darf? Die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, wäre durchaus gerechtfertigt. Ich bedaure, daß unser Antrag von den übrigen Parteien nicht unterstützt ist. Die Arbeiter werden wissen, was sie von dieser Haltung der übrigen Parteien zu halten haben. Die Textilarbeiter im besondern aber werden mit ihrer Forderung immer wiederkehren, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (Str.): Mein Freund Dabach hat den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung nur deshalb fallen lassen, um eine recht große Majorität für den neuen Antrag zu gewinnen. Meine Fratello hat seit 1884 immer wieder den Versuch gemacht, eine Maximalarbeitswoche von 63 Stunden festzusetzen. Wird jetzt der Antrag auf Ueberweisung als Material angenommen, so ist die Berücksichtigung des Grundgedankens der Petition ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dem die Regierung ist dann ebenfalls veranlaßt, sich mit der Sache weiter zu beschäftigen. Ich bitte Sie daher für den Antrag der Kommission zu stimmen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Ich zweifle nicht daran, daß Herr Hise und einige andere Mitglieder des Centrums auf dem Standpunkt stehen, den Herr Hise vor 2 Jahren dargelegt hat, daß ohne Schädigung der Industrie der 10stündige Arbeitstag möglich sei. Das ist aber nicht der Standpunkt der Partei. Die Herren sollten nur ihren ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, dann wären wir in Deutschland längst soweit, wie Oesterreich und die Schweiz. Es fehlt nur an dem guten Willen des Centrums; und das liegt an der eigenartigen Zusammenfassung dieser Partei. In der Versicherung, sie sei arbeitersfreundlich, kann es beinahe mit der Regierung konkurrieren. Wenn Herr v. Stumm erklärte, er hätte noch nichts gehört von der Einrichtung konstitutioneller Verhältnisse in englischen Fabriken, so ist das noch kein Verweis dafür, daß sie nicht besteht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise: Wir hatten seiner Zeit den Antrag auf Einführung einer 63stündigen Arbeitszeit pro Woche gestellt, den auch Herr Hertling unterzeichnet hat. Da wir erkannten, daß für diesen Antrag eine Mehrheit im Hause nicht zu haben sei, stellten wir den weiteren Antrag, daß die verbündeten Regierungen aufgefordert werden mögen, von ihrer Befugnis bezüglich Anordnung des sanitären Arbeitstages mehr als bisher Gebrauch zu machen und Erhebungen nach dieser Richtung hin anzustellen. Auch Herr v. Hertling ist für diesen Antrag eingetreten. Den Antrag auf Berücksichtigung dieser Petition haben wir nicht unterstützt, weil wir der Ansicht sind, daß es wirksamer ist, wenn eine große Majorität des Reichstags sich auf den Beschluß einigt, die Petition der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Fischer (Soz.): Die Widersprüche zwischen Herrn Hise und Herr v. Hertling sind Thatsache und daran ändert nichts, daß sich jetzt Herr Hise für den Herr v. Hertling opfert und erklärt, er stehe auf dem Boden des abgeschwächten Hertlingschen Antrages.

Unter großer Heiterkeit des Hauses nehmen die Abg. Dr. Hise (Centr.) und Fischer (Soz.) noch je dreimal das Wort, um bei ihren Behauptungen zu bleiben.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Ueber die Petition wird nach dem Kommissionsantrage beschlossen. Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß von den Abgg. Reinhardt (nagl.) und Gen. folgende Interpellation eingebracht worden sei:

„Die Unterzeichneten richten an die verbündeten Regierungen die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die Abänderung des bestehenden Weingesezes zu erwarten ist.“

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Interpellation wegen Abänderung des Weingesezes, Petitionen.) Schluß 5¼ Uhr.

## Parlamentarische Nachrichten.

Die Flottenvorlage vor der Kommission. In der Budgetkommission wurde weiterhin der Umfang der Flottenvermehrung behandelt. Die Fragen der Centrumpartei betrafen zunächst die Stärke der Schlachtflotte. In erster Beziehung warfen die Redner der Centrumpartei die Frage auf, ob es nicht genüge, wenn an Stelle der doppelten Schlachtflotte eine verstärkte Schlachtflotte trete, wobei, wenn auch unter Vermehrung der Minierschiffe um 16, eins der beiden Flagggeschiffe in dem Regierungspläne erspart werden und man mit der bisherigen Zahl von Aufklärungskreuzern ausreichen könne,

zugleich wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht für das Geschwader eine Stärke von 6 statt 8 Minenschiffen wie in Frankreich genüge. Die Erweiterung gab zu zahlreichen Betrachtungen Anlaß über die Verwendung der Geschwader, hinsichtlich deren der Wunsch ausgesprochen wurde, nichts an die Defensivkräfte gelangen zu lassen. Die Zahl der Kreuzer wurde auf 10 festgesetzt. Die Wünsche der Admirale gingen weiter. Für die Bildung der Geschwader aus 6 statt aus 8 Minenschiffen bezog man sich auf die seitigen Erfahrungen. Auch hätten die deutschen Minenschiffe wegen der verschiedenen Küstenverhältnisse ein geringeres Displacement als die französischen. Allgemeine politische Gesichtspunkte trübten in dieser Erörterung nur gestreift, ohne daß wesentlich neues beigebracht wurde.

Die Verhandlungen glichen dann über zu der Frage, ob es notwendig sei, eine Materialreserve gesetzlich festzulegen. Staatssekretär Tirpitz bezeichnete den Zweck der Materialreserve für die Minenschiffe dahin: da unter 8 Minenschiffen sich in der Regel ein reparaturbedürftig zeigen werde, so müsse das Schiff der Materialreserve als Ersatz dienen, sobald beim Kriegsausbruch das Geschwader vollständig aufzustellen. Erfolgreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Centrapartei traten alsdann hervor in Bezug auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Auslandsschiffe, insbesondere der Materialreserve für die Auslandsschiffe. An Auslandsschiffen, d. h. an Schiffen für den außereuropäischen Dienst, steht schon das geltende Flottengesetz vor 3 große und 10 kleine Kreuzer, dazu als Materialreserve 3 große und 4 kleine Kreuzer. Die Auslandsschiffe sollen durch die Flottenvermehrung um 6 große und 7 kleine Kreuzer vermehrt werden, wovon ein großer und zwei kleine Kreuzer als Materialreserve dienen sollen. Staatssekretär Tirpitz meinte, diese Materialreserve müsse dazu dienen, um die Auslandsschiffe auf den außereuropäischen Meeren in besonderen Konfliktfällen ersetzen zu können. Abg. Müller-Julda bestritt die Notwendigkeit einer Vermehrung der Auslandsschiffe überhaupt. Für den Auslandsdienst könnten ebenso wie in der französischen Flotte in einzelnen besonderen Fällen zur Verstärkung auch Schiffe verwandt werden, die nicht mehr ganz den modernen Anforderungen für den europäischen Seestreit entsprechen. Abg. Richter wies insbesondere darauf hin, daß ja der Flottenplan der Regierung selbst eine Vermehrung der Auslandsschiffe erst von 1906 ab beabsichtige. Warum solle man jetzt schon gesetzlich festlegen dasjenige, was alsdann erbaut werden soll. Gerade die Verhältnisse in anderen Weltteilen, wie in China könnten seiner Zeit ganz andere Forderungen bedingen, wie sie jetzt aufgestellt werden. Abg. v. Kardorff meinte, das Gesetz habe ja doch überhaupt nur die Bedeutung einer Resolution; bei veränderten Verhältnissen könne man ja 1906 noch immer die Bewilligung neuer Auslandsschiffe hinausschieben. Dem Hinweis, daß die Franzosen nach ihrem neuen Flottenplane die Auslandsschiffe nicht vermehren, sondern für den Auslandsdienst auch ältere Schiffe mit verwenden, hielt Staatssekretär Tirpitz entgegen, daß für die französischen Kolonien und den französischen Handel solches eher ausreichend sei. Während Abg. Graf v. Arnim auf die bekannten Verhältnisse in Haiti und Brasilien hinwies, erwiderte Abg. Richter, daß seitdem die Zahl der Auslandsschiffe erheblich vermehrt sei und noch eine weitere Vermehrung nach dem Flottengesetz von 1898 stattfinden. Die alten großen Auslandskreuzer wie „König Wilhelm“ und auch andere kleine Kreuzer werden schon nach dem Exemplet durch neue Schiffe ersetzt. Abg. Freje wies auf die wachsende Bedeutung von China hin, worauf Abg. Richter erwiderte, daß in China jetzt das Bedürfnis nach Flottenbooten hervortrete, worüber das Flottengesetz nichts enthalte. Prinz v. Erg erklärte, daß er in Bezug auf die Nutzen der Auslandsschiffe erheblich abweiche vom Abg. Müller-Julda, aber sich für ein Programm zur Vermehrung der Auslandsschiffe auch nicht erklären könne. Abg. Müller-Julda regte an, die Deutschen im Auslande, welche nach der Vermehrung der Auslandsschiffe rufen, mit einer Reichsvermögenssteuer zu den Kosten eines solchen Schutzes herauszugeben, wogegen Abg. Freje und Hasse lebhaft protestierten.

## Politische Tagesrundschau.

### Deutschland.

Die Aussichten der Flottenvorlage schildert die Post auf Grund der Verhandlungen in der Budgetkommission als recht wenig günstig. Durch diese Verhandlungen werde nur zu sehr bestätigt, wie angebracht die Warnung war, sich ausschließlich auf die Popularität der Flottenvermehrung zu verlassen. Ebenso hat die Post eingesehen, daß in Bezug auf die Deckungsfrage Resolutionen nicht ausreichen, sondern daß man zur festen gesetzlichen Bestimmung, wenigstens grundsätzlicher Natur, werde schreiten müssen. Demzufolge müsse die Regierung die Leitung der Erledigung der Deckungsfrage „entschlossen“ in die Hand nehmen. Wir glauben dagegen, die Regierung brauchte nur zu erklären, daß sie auf die unüberwundenen volksfeindliche Forderung des Centrums, Handelsverträge nur mit hohen Zöllen abzuschließen, eingehen wolle, und die Sache ist fix und fertig. Aus dem Getreidewucher wird sicher genug zur „Deckung“ herausgepreßt werden.

Abg. Lieber gedenkt, wie nach der Post der Abg. Cahensly seinen Fraktionsgenossen in Berlin geschrieben hat, noch in dieser Woche nach Berlin zu kommen und an der Mitarbeit in den Parlamenten teilzunehmen. Nach der Post wird jedoch in maßgebenden Centrunskreisen angenommen, daß auch die nächste Woche herandrücken könnte, bevor Dr. Lieber seine Absicht auszuführen in der Lage sein könnte. Er wird schon zur Stelle sein, wenn es gelten sollte, das Handelsgeschäft zwischen Centrum und Regierung, die Brotwucher-Flotte, endgültig zum Abschluß zu bringen.

## Nachrichten aus dem Auslande.

In welcher wichtiger Weise bei der Kongogreuelbehalte in der belgischen Kammer Genosse Wandervelde eingegriffen hat, läßt sich die Tante Voss von ihrem Brüsseler Berichterstatter wie folgt schildern: „Die Sache nahm ein anderes Aussehen, als der herabedite sozialistische Abgeordnete Wandervelde maßvoll, aber doch energisch eine wahre Anklage gegen das ganze Kongoinstitut an Kongo hielt.“ „Die nach dem Kongo gehenden Offiziere und Weißen — sagte Wandervelde — sind meist tief verschuldet, in bester Lage; sie wollen sich am Kongo neue Mittel schaffen und sind schlecht zur Fortführung eines zivilisatorischen Werkes geeignet. Alle Farbigen müssen Gummi liefern; man zwingt sie unter verwerflichen Mitteln zu dieser Arbeit. Dazu müssen sie Abgaben in Eisenblei und Gummi entrichten; auch die Handelsgesellschaften können ihre Steuern an den Staat in Naturerzeugnissen bezahlen, und zwar wird dabei das Kilogramm Gummi mit 0.25 Frank berechnet. Sicherlich, Leopold II., der große Zivilisator, hat in betreff der Behandlung der Farbigen schöne Worte gesprochen, aber er ist darum nicht minder einer der größten Eisenblei- und Gummihändler der Welt, und die Antwerpen-Gesellschaft

die von allen Seiten jetzt angegriffen wird, ist ganz einfach der König der Belgier. Der König besitzt am Kongo eine ungeheure Privatdomäne, deren Erträge nicht in die Staatskasse abgeführt werden und deren Millionen dazu dienen, um dem König die Vorrechte, die er für das koloniale Unternehmen geleistet hatte, wieder einzubringen. Belgien zahlt jährlich zwei Millionen Frank, der König eine Million Frank, um den Fehlbetrag des kongostaatlichen Staatshaushalts zu decken, aber der König gewinnt 10 Millionen aus der Privatdomäne. Alle Offiziere und Agenten erhalten Prämien nach dem Ergebnisse der Ausbeutung; sie haben also ein Interesse daran, die Farbigen roh zu behandeln. Man hat den Kongogummi den „roten“ Gummi genannt, weil ein belgischer Offizier, der Handelsvertreter geworden ist, gesagt hat: „Ich habe hier 25000 Patronen; sie stellen 25000 Kilogramm Gummi dar.“ Und er hat Wort gehalten! Und da schwanken Sie noch, ob Sie eine Unterjochung aufstellen sollen! Selbst die Anhänger der kolonialen Politik müssen doch wünschen, daß über die schrecklichen Anklagen Licht verbreitet wird. Kein Volk kann Belgien tadeln, denn die Deutschen, die Franzosen und Engländer haben es nicht anders gemacht. Wir sprechen offen, denn die menschliche Solidarität verbindet uns ebenso sehr mit den Farbigen wie mit den weißen Arbeitern.“

Die Rede machte einen so mächtigen Eindruck, daß die Kammer diese Verhandlungen fortzuführen beschloß.

Zum türkisch-amerikanischen Konflikt meldet der New-York-Herald aus Washington, der amerikanische Gesandtschaftsträger in Konstantinopel sei angewiesen worden, den Vorschlag des Sultans, allmählich den Verpflichtungen der Türkei nachzukommen, abzulehnen und peremptorisch Zahlung zu verlangen.

Die marokkanische Regierung überreichte den Vertretern der fremden Mächte in Tanger eine Protestnote gegen die Besetzung von Taut durch die Franzosen. Der französische Gesandte in Tanger erwiderte die Protestnote mit der Erklärung, Frankreich müsse den Protest Marokkos als unbegründet abweisen, da die Besetzung Tauts nur die Sicherung Algiers bezwecke.

## Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Buren haben die Belagerung von Bepener aufgegeben und sich in Stärke von 4- bis 5000 Mann in der Richtung nach Ladybrand zurückgezogen. Die Lage hatte sich für die Buren so gestaltet, daß an eine Fortsetzung der Einschließung der Stadt nicht zu denken war. Die Buren hatten vielmehr darauf bedacht zu sein, nicht selbst von den englischen Ersatzkolonnen eingeschlossen und von ihrer Rückzugslinie nach Norden abgeschnitten zu werden. Es ist ihnen auch gelungen, den Engländern durch die Maschen zu gehen; sie vermochten ihren Rückzug auszuführen, ohne von diesen beunruhigt zu werden. Durch eine Explosion haben die Buren einen recht betrübenden Unglücksfall zu verzeichnen. Mittwoch Abend fand dem Bureau Reuters zufolge in der Gießerei von Veggie, welche jetzt als Arsenal von der Regierung benutzt wird, eine große Explosion statt. Das Gebäude wurde völlig zerstört. Zehn Personen wurden getötet, 32 verletzt. Die meisten Verunglückten sind französische und italienische Arbeiter. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Sofort nach der mit einem fürchterlichen Krach erfolgten Explosion standen sämtliche Häuser der Nachbarschaft in Flammen. Das Geschrei der Frauen und Kinder in den anstoßenden Straßen erhöhte die allgemeine Bestürzung. Die Ambulanzen der Gesellschaft vom Roten Kreuz leisteten den Verwundeten gute Dienste.

## Nachrichten aus Magdeburg.

Zu der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, die bis acht Uhr dauerte, wurde der größte Teil der Zeit ausgefüllt durch eine überaus langweilige Debatte darüber, ob die Beleuchtung des städtischen Schlachthofes und Viehhofes mit elektrischem Lichte erfolgen, oder ob die bestehende Gasbeleuchtung verbessert werden solle. Ein Magistratsantrag, der das letztere wollte, wurde trotz lebhafter Zustimmung von Magistratsmitgliedern verworfen. Der Antrag auf Bewilligung von 6300 zu Stipendien für Weltausstellungsgeldern rief noch einmal eine ausgebreitete Debatte hervor. Unsere Genossen im Stadtparlament beantragten, die Summe auf 10 000 Mark zu erhöhen, um außer städtischen Beamten auch Arbeiter, die von der Stadtverordnetenversammlung bestimmt werden sollen, Unterstüßungen zu gewähren. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt, dagegen ein anderer Antrag angenommen, der 10 000 Mark bewilligt und dem Magistrat das Recht giebt, Magistratsmitglieder mit Weltausstellungsgeldern zu beglücken. So paßt das auch besser. Was sollen Arbeiter auf der Pariser Weltausstellung thun. Der Antrag auf Erhöhung der Summe und Delegation von Magistratsmitgliedern nach Paris, kam dem Herrn Oberbürgermeister „ganz unerwartet“. Er freute sich aber sehr darüber, denn selbstamerweise hatte man sich auch im Magistrat mit dieser Frage befaßt, die Notwendigkeit der Entsendung von Magistratsmitgliedern eingesehen, aber geglaubt, dieses der Initiative der Stadtverordneten überlassen zu müssen. Die Uebertragung des Herrn Oberbürgermeisters über diesen ganz unerwarteten Antrag der Stadtparlamentarier, der so wunderbar den geheimen Wünschen des Magistrats entsprach, wird man danach wohl verstehen.

— **Ausgesperrt** hat der Dachbedermeister W. Schilder in Calbe a. S. seine Leute. Der Herr wird wenig Glück haben, wenn er denkt, nun in Magdeburg Leute zu bekommen. Dafür wird das Solidaritätsgesetz der Magdeburger Dachbeder schon sorgen.

— **Aufgehobene Sperre.** Die über den Bau des Unternehmers Klauß Fernerzleben verhängte Sperre ist aufgehoben. Die Parteien haben sich geeinigt.

— **Von der Straßenbahn.** Seit der Umwandlung der Pferdebahn in eine elektrische Straßenbahn findet im Personal der Gesellschaft ein fortwährender Wechsel statt. Wir haben hierauf schon mehrfach hingewiesen und meinet, es sei wohl an der Zeit, daß auch die Aufsichtsbehörden diesem Zustande einmal ihre Aufmerksamkeit widmen. Es wird behauptet, die Vorleser des Direktors für „neue Beschäftigte“ habe ihre Ursache in der Befürchtung, daß die Angestellten der Straßenbahn demnächst in einen Streit eintreten wollten. Darin, daß nun tagtäglich Leute eingestellt und wieder entlassen werden, ist ein sehr notwendiger Ausgebildet sind, werde dann eine Reservearmee von Wagenführern und Schaffnern gebildet, die im Falle eines Streiks die Streikbrecherdienste die Direktion dafür belohnen würde, daß sie

ihnen eine kurze Ausbildung zu teil werden ließ. Wir wissen nicht ob diese Angabe zutrifft. Vor allen Dingen, so meinen wir, muß die Straßenbahndirektion auf die Sicherheit des Betriebes bedacht sein, und diese verlangt vollständig ausgebildete Fahrer. Bei der Sache sichere Wagenführer und Schaffner. Bei dem fortwährenden Wechsel, der sich z. B. am Mittwoch darin äußerte, daß 35 Wagen entlassen wurden, die doch natürlich zum Ersatz für 35 Wagen nicht gerade zur Hebung der Sicherheit des Betriebes zu dienen. Ihre Angestellten werden nicht streiken, wenn sie nur ordnungsgemäß behandelt und bezahlt werden. Wie es aber damit beschaffen ist, das zeigen folgende Bestimmungen eines Kontrakts, der den Wagenführern und Schaffnern am Mittwoch zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Danach erhalten die Schaffner als Lohn:

- Als Unwarter 2.50 Mark für den vollen Tag.
- Als Schaffner einen Monatsgehalt von 80 Mark, dessen monatliche Erhöhung bis zur Maximalhöhe von 100 Mark nicht fortgesetzt werden darf, wenn die Führung in Unschicklichkeit wird.
- Dienstanzug zum Tragen im Dienst, der Eigentum der Gesellschaft bleibt.

Außerdem finden sich in dem Kontrakt noch Bestimmungen über Strafen, Krankengeld usw., die wir übergehen. Charakteristisch ist aber folgende Bestimmung:

„Ich unterwerfe mich unweigerlich den von der Direktion für jeden einzelnen Kontraktionsfall zu Gunsten der Betriebsrentanten über mich verhängten Ordnungsstrafen, um welche mir ein Lohn gekürzt wird.“

Die Schaffner müssen eine Kaution von hundert Mark stellen. Diese Kaution soll schon dann als Konventionalstrafe verfallen sein, falls nur der Verdacht einer Veruntreuung oder d. Versuch einer solchen nachgewiesen wird, und flammert um die Höhe des Betrages. Auf keinen Fall, heißt weiter, bin ich berechtigt, die Kaution während eines schwebenden Untersuchungs- oder Ermittlungsverfahrens unbeschadet seiner Dauer oder der Ablauf von drei Monaten nach Vereinbarung des Dienstverhältnisses zurückzuführen.

Das ist eine recht hübsche Bestimmung, welche es den Leuten zur Pflicht macht, ihre Kaution noch drei Monate nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses zu überlassen. Von einer Verjährung ist im ganzen Kontrakt keine Rede. Die Gehaltsverhältnisse der Wagenführer sind dieselben wie die der Schaffner. Auch sollen, was bisher nicht der Fall war, Kaution stellen. Der Stellungsvertrag bestimmt darüber folgendes:

„Ich bin verpflichtet, der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft für alle diejenige Schäden und Kosten aufzukommen, welche aus meiner Dienstführung unmittelbar oder mittelbar erwachsen werden. Deshalb stelle ich für alle von mir zu verletzenden Schäden und Kosten eine Kaution von 100 Mark. In keinem Fall bin ich berechtigt, die Kaution während eines schwebenden Untersuchungs- oder Ermittlungsverfahrens unbeschadet seiner Dauer oder der Ablauf von drei Monaten nach Beendigung meines Dienstverhältnisses zurückzuführen.“

Selbstverständlich fehlt es auch hier nicht an Bestimmungen über unbedingtes Unterwerfen unter die Entschuldigungen der Direktion, wobei den Schaffnern, daß die Angestellten der Straßenbahn nicht weigerten, unter einen solchen Kontrakt ihre Unterschrift zu setzen, wohl leicht gegreift. Thatsächlich hat auch nicht einer von ihnen unterschrieben. Die Direktion der Straßenbahn wird also eingeleitet haben, daß es nicht so leicht geht, den Angestellten solche Bestimmungen aufzudrängen. Wenn sie nun noch aus diesem Vorgang die Lehre ziehen, daß es am besten ist, wenn man durch humane Behandlung und günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen die Angestellten an ihre Stelle fesselt, dann wäre dieses eine Erkenntnis, deren Durchführung den Angestellten, der Direktion und dem Publikum gleichmäßig zu gute kommen würde. Wir wollen der Direktion heute noch keinen Wunsch der Angestellten unterbreiten, dessen Durchführung wenig Kosten verursacht, den Angestellten aber sehr willkommen sein würde. Das wäre nämlich die Eröffnung einer Bedürfnisanstalt an der Endstation in der Reibitzstraße. Manche Unzutruglichkeiten könnten dadurch behoben werden.

— **Frühjahrs-Kontrollversammlung.** Zur Kontrollversammlung am Montag, den 30. April, sind beordert die Mannschaften Spezialassen, Reserve und zwar vormittags 8 Uhr, Jahresklasse 1897 m. d. Anfangsbuchstaben A— vormittags 10 Uhr, Jahresklasse 1897 m. d. Anfangsbuchstaben L— mittags 12 Uhr, Jahresklasse 1898/1899.

— **Die Radfahrt von dem Rücktritt des Herrn Kaufmann** von der Leitung des städtischen Orchesters wird dahingehingebilligt, daß der Leiter des städtischen Orchesters Herr Winteln sei und bleibe. Die Leitung eines Teiles der Konzerte habe allerdings in den Händen des Herrn Kaufmann gelegen, der seine Tätigkeit nunmehr ganz eingestellt habe.

— **Selbstmord.** Am Donnerstagabend hat sich der Kaufmann Lehrling R. von hier auf den Boden der elterlichen Wohnung erschossen. Derselbe war in einem hiesigen Engros-Geschäft thätig. Der Vater des R. hatte sich nach seinen Fortschritten erkundigt und eine Auskunft erhalten, die für den R. nicht besonders günstig lautete. Nach langem Aufenthalt in der Anstalt machte R. aus falschem Ehrgefühl sein Leben ein Ende.

— **Durchgegangen.** Am Donnerstag Nachmittag 2 1/2 Uhr ging auf dem Johannisfahrweg das dem Honigfuchsenfabrikant Dörsch gehörige Fuhrwerk durch. Das nicht mehr zu zählende Viehcarre mit dem leichten Federwagen gegen einen vor der Strombrücke befindlichen Laternenpfahl, wobei der Wagen ein Hinterrad verlor. Die durchgegangenen wurden, ging es zum Schrecken der Passanten über die Strombrücke, woselbst der Müller vom Vord. pflog. Erst an der Stadtecke schlug der mit nur noch 3 Rädern versehene Wagen um und veranlaßte dadurch den Sturz des wildenden Pferdes. Ein nachfolgender, daß die Strombrücke um diese Zeit gerade frei von Straßenbahnwagen und sonstigem Fuhrwerk war, sonst hätte ein großes Unglück entstehen können.

— **Feuer.** Am Freitag Morgen um 5 Uhr rückte ein Zug der Magdeburger Feuerwehr mit Dampfprize nach dem Fabrikgrundstück von Langensiepen-Buckau. Das Dach des Pflanzhauses war in Brand geraten. Nach 1/2 stündiger Thätigkeit war eine weitere Gefahr beseitigt und konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

## Sitzung der Stadtverordneten zu Magdeburg

(vom 22. April 1900).

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nachmittags 4 Uhr. werden zunächst kleinere Vorlagen erledigt, die debattiert nach den Vorschlägen des Magistrats genehmigt werden.

Ueber die Beschaffung einer Maschine im Schlachthof und Viehhof referiert Stadtver. Pape. Die neue Maschine soll 190 Pfund Kräfte erhalten. Die Gesamtkosten der Anlage betragen 70,700 Mark die aus Anleihenmitteln genommen werden sollen. Nach längerer Debatte wird die Forderung genehmigt.

— **Zur Verbesserung der Beleuchtung auf dem Schlachthof** und Viehhof werden 54,000 Mark gefordert. Die jetzige Gasbeleuchtung soll durch elektrisches Licht ersetzt werden. Es gehen werden 78 Bogenlampen zur Beleuchtung notwendig sein. Der zum Betrieb nötige Strom macht die Aufstellung zweier dynamomachinen nötig, deren Kosten in obiger Summe mit eingerechnet sind. Der Betrag ist aus Anleihenmitteln zu entnehmen. In die Vorlage mündete sich eine lange Debatte, in welcher von verschiedenen Seiten empfohlen wurde, die bestehende Gasbeleuchtung zu verbessern, vielmehr durch Einführung von Gasglühlicht. Vom Berichterstatter und vom Magistratsmitglied wurde dem entgegen gehalten, daß Gasglühlicht infolge der leichten Temperatur und der großen Erschütterung im Schlachthof nicht anwendbar sei. Es sei Sparanfekt am unrechten Plage, wie man das Gaslicht beibehalte. Der Ausschuß des Schlachthofes und Viehhofes sei zwar für Beibehaltung des Gaslichtes, der Leiter des Schlachthofes und anderer Sachverständige, deren Urteil wohl maß-

gebend ist, aber dagegen. Das sei wohl zu beachten. Die elektrische Beleuchtung sei übrigens viel billiger als die Gasbeleuchtung, es handle sich nur um die Umwandlungskosten. Bei der Unterföhung des elektrischen Lichtes man auch des elektrischen Lichtes. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Stadtverordneten vertreten die Stadtverordneten Gärtners und Haupt, die für Bewilligung der 54 000 Mark eintreten, weil man doch in erster Linie dem Urteil der Sachverständigen vertrauen müsse. Wäre das Elektricitätswerk im städtischen Besitz, dann hätte vielleicht der Ankauf des Schlacht- und Viehhofes einen anderen Standpunkt eingenommen. Er wolle wohl den Millionen des Elektricitätswerts nichts bewilligen. Nach endlichen Verhandlungen wird der Magistratsantrag abgelehnt, dagegen ein anderer Antrag angenommen, nach welchem eine Verbesserung der Beleuchtung durch Einführung von Gasglöhlicht vorgenommen werden soll. 14 000 Mark soll die Stadt Magdeburg vom Finanzus erhalten als Entschädigung für die durch die Föhrung des Vorleses in der Einkommenerweiterungs-Kommission seitens eines städtischen Beamten in den Jahren 1891/92 der Stadt erwachsenen Kosten. Diese Vorlage wird natürlich angenommen.

Die Bewilligung von 6 300 Mark Stipendien an städtische Beamte und Kunsthandwerker zum Besuch der Pariser Weltausstellung wird vom Stadtv. Brind empfohlen. Vorsteher Frihe begreift die Vorlage mit großer Freude. Er regt jedoch an, auch Herrn Baurat Peters eine Unterföhung zu gewöhren und ihm den Besuch der Weltausstellung möglich zu machen. Oberbürgermeister Schneider begrüßt diese Anregung. Der Magistrat habe aber geglaubt, eine Anregung hierzu aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung entgegen zu nehmen. Außer Herrn Peters komme auch vielleicht Herr Stadtschulrat Platen in Betracht. Die Stadtv. Voh und Genossen beantragen die Summe von 6 300 Mark auf 10 000 Mark zu erhöhen und auch städtische Arbeiter nach Paris zu entsenden. Die Auswahl der Personen soll die Stadtverordnetenversammlung vornehmen. Oberbürgermeister Schneider spricht gegen den Antrag Voh, derselbe sei deshalb unannehmbar, weil der Handelsminister sich mit dem Plane trage, Gewerbegehilfen nach Paris zu entsenden. Diese hätten aber keine Stipendien beziehen aus städtischen Mitteln. In vierzehn Tagen erwarte der Minister seine Vorschläge und Mittelung darüber, ob die Stadt selbst Stipendiaten nach Paris entsende. Werde der Antrag Voh abgelehnt, dann sei es wohl möglich, daß auch noch aus Mitteln der Regierung Einwohner Magdeburgs Unterföhung zur Reise nach Paris erhalten. Man solle aber vom Magistrat nicht verlangen, eine neue Vorlage vorzulegen. Stadtv. Jaensch tritt für Bewilligung von 10 000 Mark ein und empfiehlt gleich einigen anderen Rednern die Herren Baurat Baer und Peters, sowie die Herren Schulrat Platen und Franke nach Paris zu entsenden. Stadtv. Haupt wundert sich darüber, daß man sich heute so hehle mit der Vorlage, nachdem man so lange Zeit gewartet habe. Auf die Stipendien des Staates solle man sich nicht verlassen. Die Anzahl der von der Regierung ins Auge gefaßten Arbeiter sei so gering, daß auf Magdeburg keine drei Arbeiter kämen. Es sei aber notwendig, daß man hier im Stadtverordnetenkollegium die Leute bestimme, welche nach Paris entsendet werden sollen. Die Mitglieder des Magistrats könne man von dieser Bestimmung ausnehmen. Oberbürgermeister Schneider glaubt auf Grund der ihm zugegangenen Abschnitte der Fassung des Stadtv. Haupt, daß die Unterföhung der Regierung den Abgeordneten und solchen Leuten, die sie am wenigsten notwendig haben, zu Gute kommen, entgegenzusetzen zu müssen. Die Sache liege so, daß wir von Regierungsmegen nur dann Stipendiaten erhalten, wenn wir auch welche gewöhren. Die Auswahl der Personen könne das Stadtverordneten-Kollegium nicht vornehmen. In erster Linie komme das Kunstgewerbe und das Handwerk in Frage. Die Großindustrie habe Geld genug, um selbst Leute hinzuz-

senden, wenn sie das für notwendig hielten. Die Leute, die eingeschickt werden, sollten unbescholten sein und ihr Geschäft verstehen, so daß man ihnen auch Patronen schenken könne. Ihre politische Meinung komme gar nicht in Betracht. Stadtv. Haupt kommt auf die Föhrung des Handelsministers im Landtage zu sprechen, der gesagt habe, es sei sehr wünschenswert, daß die Gemeinden selbständig vörgingen. Der Handelsminister wolle 300 Mark für jede Person bewilligen, außerdem kommen nur wenige Personen in Betracht für Magdeburg. Die Unterföhung der Regierung sei so geringfügig, daß man darauf verzichten könne wie auch andere Städte, z. B. Berlin, welches 50 000 Mark bewilligt habe zu diesem Zwecke. Auf die Fabrikanten solle man sich nicht stützen. Die wollen nur momentane Erfolge sehen. Das Versicherungswesen komme auch in Paris zur Darstellung, und die Leute, welche hieran großes Interesse haben, seien doch auch Arbeiter, die nicht das nötige Geld haben, um aus eigenen Mitteln nach Paris zu fahren.

Der Antrag Haupt wird abgelehnt, der Antrag des Magistrats angenommen mit einem Zusatzantrag Jaensch, die Summe von 6300 Mark auf 10 000 Mark zu erhöhen und dem Magistrat das Recht zu geben, Mitglieder aus seiner Mitte, sowie andere städtische Beamte nach Paris zu entsenden.

Der Antrag des Magistrats auf Heraufsetzung des Zinsfußes für die Summe von 3 500 000 Mark, die als Anleihe aufgenommen werden soll, von 3 1/2 auf 4 Prozent wird vom Stadtv. Jaensch befürwortet und von der Versammlung angenommen. Darauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

**Provinz und Umgegend.**

**Lützen.** (Kein Verbrechen, sondern Selbstmord.) Die am Morgen des 10. April auf dem Wege von Lützen nach Jüchsen bewußtlos gefundene und bald darauf verlorbene Frau stammt aus Leibzig-Könnern und heißt Walther. In ihrer Familie war am 1. Osterfesttage ein dreijähriger Knabe gestorben. Aus Gram und Kummer darüber war die schon fränke und durch die Pflege ihres Kindes sehr ermattete Frau in Schwermut versunken. In diesem Zustande hat sie sich bei Abwesenheit ihres Mannes aus ihrer Wohnung entsetzt, um den Tod zu suchen. Bei Karlsdorf wollte sie sich vom Eisenbahnzuge überfahren lassen, wurde aber zur Seite gefloßen und fiel in eine Grube. Dadurch hat sie sich die Verwundungen zugezogen, von der die Blutspuren auf dem Wege, an den Kleibern und am Kopfe hervörhören. Die gerichtliche Obduktion der Leiche hat ergeben, daß die Unglückliche durch Verblutung und Herzlähmung gestorben ist. Die durch den Staatsanwalt aus Raumburg an Ort und Stelle geföhrte eingehende Untersuchung hat die Vermutung, daß an der Verstorbenen ein Verbrechen begangen worden ist, nicht bestätigt.

**Queblinburg.** (Ausbruch der Pocken.) Drei Fälle von Pocken-erkrankungen sind hier in den letzten Tagen vorgekommen; ein fünf Monate altes Kind ist bereits an der Krankheit gestorben. Beforgnis-erregend ist der Ausbruch der Seuche insofern, als sie in drei getrennt liegenden Straßen ausgebreitet ist. Von der Polizei sind die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhüten. Es wird vermutet, daß die Krankheit durch russische Arbeiterinnen eingeschleppt und übertragen worden ist. Wenn die russischen Arbeiter die Krankheit eingeschleppt haben, dann trifft die Polizei „umfassende Vorsichtsmaßregeln“. Da wäre es doch besser, man unterzieht die russischen Arbeiter vorher einer ärztlichen Untersuchung und verhindert so die Einschleppung der Krankheit überhaupt. Oder erlaubt das „die Notlage der Landwirtschaft“ nicht?

**Kleine Chronik.**

Der Mörder der Schifferfrau Gräbner in Eichwalde ist in der Person des beschäftigungslosen Fleischergehilfen Eichmann geföndet worden. Das Geldstückchen der Ermordeten wurde noch bei ihm gefönden. Die Verhaftung des Mörders erfolgte in Ragow in Mittenwalde. In Creutzburg an der Werra tödete der Straßling Wehn aus Mühlhausen seinen Transporteur, den Stadtdiener Ebenau, durch Messerschläge. Der Mörder wurde verhaftet. In Aachen erschlug der Arbeiter Köster seine betrunkene Ehefrau mit einem Eisenstük und warf den Leichnam die Treppe hinunter. Der Mörder wurde verhaftet. Auf dem Schießplatz des Jägerbataillons in Marburg erschöß sich ein Jäger. Er stand in gerichtlicher Untersuchung wegen eines begangenen Diebstahls. Mit dem Dienstgewehr erschossen hat sich in Hanau der auf Pulverfabrikwache stehende Müßketter Schramm vom 150. Infanterie-Regiment, in Heidelberg der Grenadier Balplay vom 110. Regiment. In beiden Fällen ist der Beweggrund zum Selbstmord unbekannt. In Köln wurde der 22-jährige Kaufmann Wiegand aus Stuttgart von den Geschworenen zum Tode und 15-jährigem Ehrverlust verurteilt. Wiegand verübte im Oktober des vorigen Jahres in einer an einsamer Landstraße bei Engsdorf gelegenen Wirtschaft einen Einbruch, erschöß, als er erappt wurde, eine 75-jährige Frau und machte auf die Wirtin einen Mordversuch. Er wurde später auf dem Rhein dampfer „Kaiser Friedrich“ verhaftet. Der Mörder nahm das Urteil gleichgültig auf und stattete den Geschworenen seinen Dank dafür ab, daß sie die Todesstrafe ihm verschafft hätten. Das Opfer eines Lustmordes ist die vierjährige Tochter des Schneidermeisters Schwengler in Storchneft (Posen) geworden. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

**Bereine, Versammlungen, Vergnügen.** Sein erstes Stiftungsfest begeht am Sonnabend, den 28. April er., der Kanarienzüchter-Berein „Harmonie“ im Saale der „Krone“ in Alte Neustadt. Der strebsame Berein unter der Leitung des Herrn Dehstert erfreut sich vieler Sympathie, möge ihm ein guter Besuch zu seinem Stiftungsfest beschieden sein.

**Letzte Nachrichten.**

Genosse Dues-Mühlhausen hat sein Reichstagsmandat ablebgelegt. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat beschlossen, die Wahl des Abgeordneten Freiherrn von Stumm zu beanstanden. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Murih-Wittmund wurden nach den bis 11 Uhr abends hier vorliegenden Mitteilungen für Semmler (natlb.) 6438 Stimmen, für Dr. Ullmer (fr. Wpt.) 2728, für Bruhn (Antif.) und Bund der Landwirte) 1079 und für Bug (Soj.) 1072 Stimmen gezählt.

**Bekanntmachung.**

Die Parteilasse ist von uns geprüft und in bester Ordnung gefunden worden. Magdeburg, den 28. April 1900. Bernstein, Fabian, Voh.

Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke

# Grösstes Konfektionshaus

Beachten Sie meine 5 Schaufenster

## 125 NUR 126 Breiteweg

### Kaufhaus für feine Herren- und Knabenkleidung

**Grosses Stofflager**  **Eigene Fabrikation** meiner unverwiltlichen Arbeits-Garderobe

**Massanfertigung** **Blaue Schutzanzüge farb- und waschecht**

**Neu zugelegt: Strohüte und Mützen, Riesen-Auswahl . . . . . Knaben-Hüte von 35 Pf. an. Herren-Hüte von 75 Pf. an**

Verkauf gegen Kasse zu streng festen Preisen

# Ehrenfried Finke

125 NUR 126 Breiteweg

# 1. Mai geschlossen!

Haltestelle der elektrischen Strassenbahn

Des Weltfeiertags wegen bleibt mein Geschäft am

Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke

Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke

Man kauft am besten am billigsten am reellsten nur bei Friedel Finke



## Rüftet zum Maifest!

Zum erstenmal begeht am kommenden ersten Mai das Proletariat seinen Weltfeiertag.

Zwei Klassenforderungen sind es, die am ersten Mai im Vordergrund stehen — der Achtstundentag und der Weltfrieden.

Im langen zähen Ringen hat die Arbeiterklasse etappenweise die Kürzung der Arbeitszeit durchgesetzt, aber noch sind wir weit entfernt vom Ziele, noch gilt es alle Kampfmittel, die uns die gewerkschaftliche wie die politische Organisation bietet, anzuwenden, noch gilt es, die Gleichgültigen aufzurütteln, den Zaghaften Mut zuzusprechen. Noch auch heißt es, den Gewalthabern auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu zeigen, wie diese Forderung eine Klassenforderung der Arbeiter ist.

Auch der Gedanke des Weltfriedens, diese erhabene Idee, hat sich Raum geschaffen, aber wer wollte bestreiten, daß die Demonstration für diese Idee heute notwendiger ist denn je. In der kapitalistischen Welt sind stärker als je die Gellüste nach Eroberungen erwacht; neue Länder sollen der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen werden, und bei der Teilung der Beute bedrohen die kapitalistischen Staaten einander mit Krieg. Die weltpolitische Abenteuerlust kann jeden Tag die schlimmsten Folgen heraufbeschwören. In wenigen Monaten ist die Ohnmacht der herrschenden Gewalten, dem Kriege vorzubeugen, offenkundig wie nie zuvor zu Tage getreten: bei der Farce im Haag. Darum wird das arbeitende Volk seine internationale Solidarität bekunden im Sinne der friedlichen Entwicklung, im Namen der Achtung vor der nationalen Selbständigkeit eines jeden Volkes; es gilt gegenüber dem wilden Geschrei des Hurrafwahns, der von raffgierigen Kapitalistenklüngen geführt wird, gegenüber dem Wahnsinn des modernen Imperialismus den Gedanken der Völkerverbrüderung zum Ausdruck zu bringen.

So rüsten wir denn zur Maifeier, zur Demonstration für den Achtstundentag, für Völkerverbrüderung und Weltfrieden, für alle Klassenforderungen des Proletariats, für den Sozialismus.

## Aus der Parteibewegung.

Ein Zeugniszwangsverfahren ist, wie wir bereits mitteilen, gegen den Redakteur der Neuphischen Tribüne, Genossen Seifarth, in einer Disziplinar-Untersuchung gegen einen Beamten des Landratsamtes in Schleich eingeleitet worden, weil die Behörde annahm, der Beamte sei Mitarbeiter der sozialistischen Zeitung. Seifarth verweigerte eine Erklärung in der Sache und wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die von ihm geführte Beschwerde wurde als unbegründet zurückgewiesen, so daß das Zeugniszwangsverfahren seinen Fortgang nimmt. Diese Gerichtsentscheidung ist im Interesse des Ansehens der Justiz sehr bedauerlich.

## Feuilleton.

### Der Millionenbauer.

Von Max Kreyer.  
(62. Fortsetzung.)

„Millionenbäuerchen, ruhig, keinen Krach machen,“ sagte eine in der Nähe stehende Kamsell und drohte mit dem Finger. Erneuerter Gelächter erfolgte, da die Umstehenden das „Millionenbäuerchen“ für einen Scherz hielten. „Was die Herren Offiziere sind, sind wir auch,“ schrie Köppke laut, jetzt ganz rot im Gesicht. Die Wut beim Anblick Heckenstets stieg in ihm plötzlich auf. „Immer noch kein jeschäfter . . . Ich habe meinen Degen heute zu Hause jelassen,“ setzte er dann, wieder in eine andere Stimmung übergehend, hinzu. Ein brüllendes Lachen folgte. Alles ahnte, daß diese Spitze gegen die Herren am Nebentisch gerichtet sei und daß eine gewisse persönliche Beziehung vorhanden sein müsse. Die Sache konnte sich also noch sehr interessant entwickeln.

„Aber so laß das doch, Dunkel. Es wird noch zu einem Skandal kommen. Du wirst ihn doch nicht öffentlich bloßstellen wollen,“ redete ihm Fritz gütlich zu. Das Benehmen Köppkes behagte ihm nicht, da er außerordentlich viel Sympathie für Heckenstett besaß, die aus alter Anhänglichkeit hervorgegangen war. „Muß er sich auch gerade vor unsere Nasen setzen. Wenn er wenigstens gehen wollte, dachte er.“

Aber Heckenstett blieb. Er hielt es für das Beste, so zu thun, als ginge ihn das alles nichts an, obgleich er zitterte bei dem Gedanken, der Alte könnte sich noch mehr vergessen. Nach und nach bemächtigte sich seiner ein unangenehmes Gefühl, das schließlich in Ekel überging. Er unterhielt sich leise mit Bettow, während Köppke immer noch laut sprach.

„Ruhig da hinten! Herr Direktor, der Mann muß raus,“ ließen sich einige Stimmen am Podium vernehmen, nachdem eine Sängerin, die kaum verständlich wurde, ein Lied begonnen hatte. Der „Direktor“ war der schwarz-

Nach dem allgemeinen Volksgefühl ist das Zeugniszwangsverfahren, das einen Redakteur zum Vertrauensbruch zwingen will, verwerflich. Natürlich wird Genosse Seifarth die Unnehmlichkeiten dieses Verfahrens — bis zu 6 Monaten Haft — über sich ergehen lassen. Die agitatorische Wirkung eines solchen Verfahrens für unsere Partei ist nicht gering einzuschätzen. —

Von der ungarländischen Parteileitung geht dem Vorwärts folgende Erklärung zu: „Die vom bürgerlichen Journalisten Paul Engelmann an ausländische Parteipresse, besonders an die Wiener Arbeiter-Zeitung, gesandten Berichte strotzen von Verdrehungen, Entstellungen und von blindem Haß diktierten Verleumdungen. Deshalb hofft der Kongress, daß die ausländischen Parteiblätter von nun an nicht mehr einen notorischen Verleumder mit der Berichterstattung aus Ungarn betrauen. Diesen Antrag haben alle zur Partei gehörigen Blätter zu veröffentlichen und sind davon die ausländischen Bruderparteien zu verständigen.“ —

Ein internationaler Anarchistenkongress soll nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung gleichzeitig mit dem internationalen Sozialistenkongress und als Demonstration dagegen in Paris stattfinden. Wenn es den Herren Vergnügen macht, nur immerzu. Er wird der Bedeutung des Sozialistenkongresses keinen Abbruch thun. —

Ein gefährlicher „Anarchist“ verhaftet. Die Grazer Polizei hat einen guten Fang gemacht. Nachdem ihr in der letzten Zeit die meisten Einbrecher und Diebe entwischt sind, ist es ihr endlich gelungen, ihr altes Renommee wieder herzustellen, indem sie einen gefährlichen Anarchisten verhaftete, bevor er das von ihm geplante Attentat ausführen konnte. Sonnabend abends errattete nämlich ein Tischlergehilfe die Anzeige, daß der Sohn seiner Logisfrau namens Hutter in der Jakominigasse ein Anarchist sei, der stets einen Revolver bei sich trage und eine Menge anarchistischer Bücher besitze, die in einer nicht enträtselbaren Geheimchrift geschrieben seien. Der Polizeikommissar, der die Anzeige entgegennahm, sah ein, daß man sofort handeln müsse. Die Gelegenheit war günstig. Es war Nacht, und der Anarchist lag offenbar schon im Bette, konnte also das Dynamit, das er sonst natürlich in seinen Taschen trug, nicht verwenden. Vier Polizisten wurden schleunigst in seine Wohnung geschickt. Um Mitternacht wurde der Verbrecher durch ein lautes Pochen an der Thür aus dem Schlafe geweckt. Im selben Augenblick traten auch schon die vier Polizisten in seine Stube, und eine Sekunde später war er schon im Namen des Gesetzes verhaftet. Man brachte ihn dann auf das Polizeikommissariat, wo er früh vernommen wurde. Das Verhör ergab ein überraschendes Resultat: Der Revolver war ein — Uhrhängel und das Buch mit der Geheimchrift ein — Lehrbuch der Stenographie. Die Polizisten und der Kommissar machten sehr — verbuchte Gesicht. Man hat nun in Graz beschlossen, fortan die Anarchisten in Ruhe zu lassen und sich mehr um die Einbrecher zu kümmern. —

## Frauenstudium und bayerische Kammer.

Am Dienstag maßen sich im bayerischen Abgeordnetenhause zwei Weltanschauungen an der Frauenfrage. Es wird wohl keinem unklar sein, welche von den beiden den Kürzeren zog, wenn man die nachfolgenden Neben liest.

Unser Genosse von Volkmar führte zum Kulusetat aus, daß 1894, als er zum ersten Male für das Frauenstudium in der Kammer gesprochen, der damalige Ministerialreferent ihn mit einer spöttischen Handbewegung abgethan und niemand ihn unterstützt habe. Heute sei es doch etwas anders geworden. Wir haben jetzt 700 Studentinnen in Deutschland. Die bayerische Regierung marschiert allerdings in der Frage der Frauenstudiums nicht an der Spitze der Zivilisation, Bayern rangiert sogar hinter Preußen. In Bayern hat man an der Universität München 20, Würzburg 1, Erlangen 5 Studentinnen. Diese fahren sich alle vorzüglich und äußern sich über ihre Lage und über das Verhalten der Professoren sehr zufrieden, mit Ausnahme der hochheiligen Fakultät der Medizin. So lange sie aber von dem Wohlwollen der Dozenten, dann der Professoren, dann der Fakultät, dann der Regierung abhängig sind, ist ihre Stellung eine höchst prekäre. Welcher Aufruhr würde entstehen, wenn die männlichen Studierenden ebenso behandelt würden? Es ist unlogisch, daß man den Frauen das Recht, an Prüfungen teilzunehmen, im Prinzip giebt, aber nicht die Möglichkeit der Vorbereitung. In einer bayerischen Universität ist eine Dame, deren Eltern am Orte wohnen, vom Studium abgewiesen, an einer anderen Universität, wo sie allein leben mußte, aufgenommen worden, das ist doch ungeheuerlich. Warum wollen die meisten Mediziner die Frauen nicht zum medizinischen Studium zulassen? Weil die männlichen Konkurrenten weibliche Ärzte nicht brauchen können. Es wird aber in nicht ferner Zeit eine Forderung der Sitte werden, daß gynäkologische Krankheiten von weiblichen Ärzten behandelt werden.

Und nun kam der schwarze Gegenstoß! Abg. Pfarzer Dr. Zimmern (Str.) sagte, die Frauenbewegung wolle sich austoben und müsse sich austoben; sie habe das nötig, um dahin zu kommen, wo das lateinische Sprichwort sage: Hier stehen die Dämonen am Berge. Katholiken und Geistliche hätten die Frauenbewegung nicht zu fürchten. Die katholische Kirche weise auch große weibliche Gelehrte in früherer Zeit auf. Das seien aber Heilige gewesen. Von den jetzigen Studentinnen in Bayern habe er noch nichts Unstilles gehört, aber wenn einmal die Massen zugelassen würden, würde das anders werden. Er sei dafür, daß man bei den Ausnahmen stehen bleibe und nicht weitergehe.

Es ist ja nur zu begreiflich, daß die katholischen Geistlichen bei dem Frauenumgang, auf den sie angewiesen sind, diese schlechte Meinung von den weiblichen „Massen“ haben. Jeder spricht, wie er's versteht. —

## Soziale Bewegung.

Der letzte große Ausstand in der Berliner Holzindustrie hat, wie die Postische Zeitung ausrechnet, der Arbeiterschaft rund 1 1/2 Millionen Mark gekostet. Der deutsche Holzarbeiterverband hat an Unterstützungen mehr als 260 000 Mark gezahlt. Von den übrigen Organisationen sind etwa 100 000 Mark ausgezahlt worden. Die freiwilligen Beiträge werden mit 15 000 Mark angegeben und der entgangene Arbeitsverdienst soll eine Million Mark übersteigen. Da die Unterstützungen erst von der zweiten Woche ab gezahlt und eine große Zahl von nichtorganisierten Tischlern ungenügend unterstützt wurden, kann man noch rund 100 000 Mark hinzurechnen, die von den Ausländigen für den Unterhalt der Familien in der ersten Woche selbst

gekleidete Mann, der, die Hände auf dem Rücken, gleich einem lebenden Warnungszeichen im Lokale auf und ab schritt. Er trat auf Köppke zu und wechselte mit ihm einige Worte, aber doch mit jener Rücksicht, die man einem guten Bekannten entgegenbringt.

Plötzlich wurde Rigard sichtbar. Er war am Eingange durch irgend etwas zurückgehalten worden und sah sich nun rechts und links nach Heckenstett um.

„Herr Baron! . . . Herr Baron! . . . Pst . . . hier!“ rief Köppke laut und stand auf, um sich dem Komponisten bemerkbar zu machen. In der Nähe wurde wieder gelacht, da man annahm, es handle sich um einen neuen Wit. Born erschallten aufs neue die Rufe nach Ruhe. Der Direktor aber hielt mitten in seinem Gange inne und warf einen drohenden Blick auf den Störenfried. Da Rigard den Freund nicht gleich erblickte und seine Veranlassung zu einem weiteren Aufsehen geben wollte, so drängte er sich durch das Publikum und nahm am Tische Köppkes Platz, ungehindert von Heckenstett, der sich der Erwartung hingab, sein Schwiegervater werde durch die Anwesenheit Rigards auf andere Gedanken kommen. Diese Gelegenheit wollte er benutzen, um mit Anstand das Lokal zu verlassen. Sofort stellte Köppke Rigard seinem Neffen vor, wobei Fritz seine Zähne zeigte, sich mit einer ungeschickten Bewegung halb vom Stuhle erhob und sich allem Anschein nach durch das „Baron“ sehr geehrt fühlte.

„Er hat sich mit meiner Jüngsten verlobt,“ schrie Köppke Rigard ins Ohr hinein, in der Meinung, er habe es mit dem alten Kraak zu thun. Rigard zeigte ein verbutes Gesicht und musterte etwas unhöflich Zahn, von dessen verwandtschaftlichen Verhältnis zu Heckenstett ihm dieser nicht die geringste Mitteilung gemacht hatte. Zum ersten Mal blickte Hugo, der jedes Wort vernahm, überrascht auf. Wahrhaftig, da saß er, sein ehemaliger Bursche, glückselig strahlenden Angesichts und mit etwas umnebelten Augen, die Hand mit dem Verlobungsring noch immer am Munde. Jetzt wurde Heckenstett von Rigard erblickt, der ihm sofort zuwinkte, zu ihm heran zu kommen.

„Aber so lassen Sie ihn doch sitzen,“ sagte Köppke und hielt seinen Arm fest. „Er ist ein Erzschuft, der mich um meine Tochter und mein Geld betrogen hat. . . . Heda, hier hier!“ rief er seitwärts. Rigard ahnte sofort, daß zwischen beiden etwas Ernstliches vorgefallen sein müsse. „Aber ich muß doch bitten, in einem anderen Tone von meinem Freunde zu sprechen. Sonst muß ich Ihren Tisch verlassen,“ sagte er ernsthaft und wollte sich erheben. Sie setzten sich noch eine Weile darüber auseinander, beruhigten sich dann aber. Während dieser ganzen Zeit sagte Zahn kein Wort. Er hatte jetzt die gefalteten Hände auf den Tisch gelegt und drehte einen Daumen um den andern. Nur hin und wieder machte er kleine Augen und lächelte etwas blöde. Um diese Zeit pflegte er gewöhnlich bereits im Bette zu liegen, und so bemächtigte sich seiner allmählich die Müdigkeit.

Der Vortrag war zu Ende. „Mädel, komm' einmal her,“ rief Köppke plötzlich der Blumenverkäuferin zu. „Trage jeder von den Damen ein Bouquet hin. . . . Was kostet das Stück? Eine Mark? Du bist wohl nicht von hier? Du kannst so bleiben. Behalte nur das andere.“ Nach einer Weile rief er sie zurück und behauptete, ein Zwanzigmarkstück statt eines Zehnmarkstückes gegeben zu haben. Die Händlerin verbat sich das energisch, worauf er grob wurde. Schließlich kaufte er ihr noch ein Bouquet ab, überreichte seinem Neffen und Rigard je eine Blume und steckte den Rest in ein Knopfloch seines Rockes. Dann befahl er der Kamsell, jeder der Sängerinnen ein Glas Wein zu geben. „Was andere können, können wir auch,“ sagte er mit einem Blick auf Heckenstett, worauf ihm von mehreren Seiten ein „Sehr richtig!“ entgegen schallte. Er wußte kaum, was er that, hatte aber doch das instinktive Bewußtsein, seinem Gasse gegen Heckenstett in irgend einer Weise Luft machen zu müssen. Seiner Ansicht nach wäre es die Verpflichtung seines Schwiegervaters gewesen, ihn hier sofort zu begrüßen, um Verzeihung wegen der damaligen Verleumdung zu bitten und ihn den Herren am Nebentische vorzustellen.

(Fortsetzung folgt.)

aufgebracht werden mußten. Was der Streit den Unternehmern gekostet hat, wird wohlweislich verschwiegen.

**Die Ausperrung der Schuhmacher in Tuttlingen,** die nahezu 2000 Arbeiter betrifft, geht auch nach einem Verlauf von sieben Wochen keine Aenderung und noch ist der Abschluß des mit so großer Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter insconterten Kampfes nicht abzusehen. Die Fabrikanten sowie auch die Behörde machen die größte Anstrengung, einen Teil der Ausgesperrten in die Fabriken zu locken. Dabei wurde gegen die Arbeiter die Drohung ausgesprochen, daß derjenige, der an dem von den Fabrikanten bestimmten Tage nicht kommt, in ganz Tuttlingen keine Arbeit bekommt, man stelle den hart arbeitenden Lohnsklaven die schwarze Liste und Bocktort in Aussicht. Man bietet alles auf, um die kämpfenden Arbeiter zu Streikbrechern zu machen, weil fremde Arbeiter nicht zugereist kommen. Vor acht Tagen kam vom Oberamt das Verbot des Streikpostens, und statt der Ausgesperrten nahmen Landjäger und Polizei vor den Fabriken Aufstellung, um den „Arbeitswilligen“ ungehindert den Zugang zur Arbeit offen zu halten. Aber welche Enttäuschung für die Fabrikanten: niemand betrat die Fabrik, die Streikenden stehen noch wie am ersten Tage treu und fest zusammen und erklären, daß sie nicht früher in die Fabrik gehen, bis die Forderungen bewilligt und die Uebelstände beseitigt sind. Der Kampf muß fortgesetzt werden. An die Arbeiterschaft Deutschlands richten wir den Appell: Laßt die Kämpfenden nicht in die Schik, laßt die Fabrikanten nicht über uns triumphieren!

Die Lohnkommission.

**Lohnkämpfe in Krefeld.** Seit dem 1. April stehen die Holzarbeiter im Kampf um den Neinstundentag und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Pließer und Stuccateure haben am Ostermontag die Arbeit niedergelegt. Dieselben fordern den Neinstundentag und einen Stundenlohn von 50 Pf. für Stuccateure und 42 Pf. für Pließer. Die Arbeitszeit betrug 10 $\frac{1}{2}$  Stunden. Bis jetzt haben zwei Unternehmer bewilligt, während die übrigen in einen Verband zusammengetreten sind und sich verpflichtet haben, der Forderung nicht Folge zu leisten. Zu diesen Ausständigen sind jetzt noch die Steinarbeiter gekommen. Diese verlangen einen Stundenlohn von 50 Pf. und eine Arbeitszeit im Sommer von 10 und im Winter von 9 Stunden. Auch die Unternehmer in dieser Branche haben einen Ring gebildet und lehnen die Verhandlungen mit der Lohnkommission ab. Daraufhin haben die Steinarbeiter beschlossen, nach Ablauf der Kündigungszeit, am 21. April, sämtlich auswärts in Arbeit zu treten, und die Sperre über die Werkstätten Krefelds zu verhängen.

## Gerichtliche Urteile.

### Schwurgericht Magdeburg.

Die Verhandlung richtet sich gegen die Ehefrau des Zimmermanns Fritz Uterwedde, Minna geb. Pasemann, von Adendorf, geboren zu Schatensleben am 20. Juni 1877, wegen wissentlichen Meineides. Im Jahre 1898 hatte der Schäfer Besselt zu Adendorf von dem Fleischermeister Meißner daselbst, für 56,10 Mark Wurst und Fleischwaren auf Kredit entnommen. Als Meißner auf Zahlung drang, wendete Besselt ein, er habe das Geld eines Abends in des Gläubigers Gaststube in Gegenwart verschiedener Gäste gezahlt. In dem alsdann angestellten Civilprozeß benannte Besselt u. A. den Chemann der heutigen Angeklagten und den Maschinenführer Heinrich Müller als Zeugen darüber, daß der Beklagte das Geld an den Kläger gezahlt habe. In dem Verhandlungstermin bestätigte nur Müller diese Thatsache, während Uterwedde und die übrigen Zeugen behaupteten, sie hätten nichts von einer Zahlung Besselts an Meißner gesehen. Hinterhin wurde Müller wegen wissentlichen Meineides und Besselt wegen Anstiftung dazu unter Anklage gestellt. In dem Hauptverhandlungstermin vor dem

hierigen Schwurgericht am 5. Juli 1899, wurde Frau Uterwedde als Zeugin vernommen und befandete unter dem Eide, ihr Mann wisse nichts von der fraglichen Zahlung, sie habe nicht zu Besselt gesagt: „Fritz hat wohl gesehen, daß Sie Geld an Meißners gezahlt haben, aber er weiß nicht, wieviel und wofür.“ Müller und Besselt wurden damals freigesprochen, dagegen gegen Frau Uterwedde die Anklage wegen wissentlichen Meineides erhoben, denn sie hatte zu verschiedenen Personen entgegen ihrer eidlichen Aussage erzählt, ihr Mann wisse, daß Besselt an Meißner Geld gezahlt habe, aber nicht wofür und wieviel. Die Angeklagte bestritt jedes Verschulden und die sehr umfangreiche Beweisaufnahme überzeugte die Geschworenen auch nicht von der Schuld, weshalb ihrem Wahrspruche gemäß Freisprechung erfolgte.

### Landgericht Magdeburg.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter Wilhelm Köppen, hier, geb. 1863, wegen Sittlichkeitsverbrechens in 2 Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Arbeiter Christian Ehlers zu Neustadt, geb. 1860, war Ausseher in einem Zwiebel- und Kartoffelgeschäft und bezog wöchentlich 50 Mark Gehalt. Im Herbst 1899 wurde er nach Staffort geschickt, um die von seinem Arbeitgeber dort angekauften größeren Mengen Zwiebeln zu überwachen, Ehlers stahl davon drei Säcke Zwiebeln und wurde deswegen am 20. Februar d. J. vom Schöffengericht in Staffort zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Unmittelbar vor dem Verhandlungstermin versuchte er, um straffrei auszugehen, den als Belastungszeugen geladenen Arbeitsburschen Buchmann zu überreden, die unwahre Aussage zu machen, daß in den Säcken unten Kartoffeln und oben nur etwas Zwiebeln gewesen seien, die Ehlers angeblich als Proben entnommen haben wollte. Der Gerichtshof erkannte wegen Unternehmung der Verleitung zum Meineide einschließlich der noch abzuliefernden zwei Wochen Gefängnis auf ein Jahr und 1 Woche Zuchthaus.

Der Schauspieler Eduard Vierhold, geb. 1846, gab im Februar d. J. mit seinem Marionettentheater zu Löbnitz Vorstellungen und weigerte sich trotz wiederholter Aufforderung, seine auf dem öffentlichen Fußwege aufgestellten Wagen fortzuschaffen. Um dies amtlich zu bemerken, erschienen der Gendarm Stone aus Neugatterleben, den Vierhold beleidigte und bedrohte. Ermittelt wurde auch, daß er seine vier noch nicht 14 Jahre alten Kinder bei den Vorstellungen mitarbeiten und gymnastische Übungen machen ließ. Wegen dieser Uebertretung wurde der Angeklagte zu 5 Mark Geldstrafe, wegen der obigen Uebertretung Betreffs der Wagen zu 2 Wochen Haft und wegen der Vergehen zu 1 Monat und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Der vielfach vorbestrafte Pferdeknecht Wilhelm Friedrich zu Barby, geboren 1871, versuchte am 5. Februar d. J. auf einem Vorwerk des Antrats von Dieke seine Mitarbeiter zu überreden, dem Verbands der landwirtschaftlichen Arbeiter beizutreten und rauchte dabei eine Cigarre im Stalle. Als der Gutsinspektor kam und ihn entließ, bedrohte Friedrich denselben mit einer Mistgabel. Abends erschien Friedrich wieder auf dem Hofe und wurde von dem bestellten Amtsdienner vergeblich aufgefordert, sich zu entfernen, so daß er schließlich gewaltsam fortgeschafft werden mußte. Dabei leistete er heftigen Widerstand und bedrohte den Amtsdienner. Der Gerichtshof erkannte wegen der Uebertretung auf 3 Tage Haft und wegen der Vergehen auf 3 Monate Gefängnis.

Die unverschämte Bertha Friede aus Dörsch, geboren 1883, diente bei einem hierigen Bierhändler und versuchte am 15. März d. J. im Comptoir den Geldschrank mit dem Schlüssel zu öffnen, um Geld zu stehlen. Als sie bei der Polizei die That eingräumt hatte und man in ihrer

Kammer nachsah, fanden sich teils im Bett versteckt ein Anzahl Wäschestücke und ein Stück Spitze vor, die der Herrschaft gestohlen waren. Die Angeklagte erhielt wegen vollendeten und versuchten Diebstahls 2 Monate Gefängnis.

Der schon öfter bestrafte Handelsmann Friedrich Rönneke hier, geboren 1861, machte sich am 9. und 11. März d. J. der Zechprellerei in Höhe von 15 und 80 Pf. schuldig. Am 15. März versuchte er wieder eine Zechprellerei, die bestellten Speisen wurden ihm aber nicht verabreicht. In demselben Abend bettelte er. Den Angeklagten trafen wegen der Betrugsfälle 4 Monate Gefängnis, wegen Bettelns 3 Tage Haft.

### Der Streikbrecher in der Kaserne.

Eine felle Anklage gelangte vor der 9. Strafkammer des Landgerichts in Berlin gegen den Kolporteur Wilhelm Suda zur Verhandlung. Derselbe war beschuldigt des Vergehens gegen § 112 Str.-G.-B., welcher denjenigen mit Strafe bedroht, der eine Person des Soldatenstandes auffordert oder anreizt dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten. Der Angeklagte war Angestellter einer Buchhandlung, welche das Unteroffizierskino des 2. Eisenbataillons mit Journalen verkaufte. Allwöchentlich hatte der Angeklagte die Mappe zu wechseln. Er erhielt, von einer Ordnung begleitet, Zutritt zum Kasino. Als er sich eines Tages mit der Ordnung allein befand, öffnete er die mitgebrachte Mappe und machte seinen Begleiter auf ein Heft mit rotem Umschlag aufmerksam mit den Worten: „Das ist etwas für Sie!“ Der Soldat bestaunte später das Heft und übergab es dem seinem Feldwebel. Es war das erste Heft eines Schauerromans, betitelt „Der Streikbrecher“ oder „Der Sieg der Arbeit“. Auf dem Umschlag war ein „Prospekt“ abgedruckt, aus dem vermutet wurde, daß durch den Inhalt des Romans sozialdemokratische Tendenzen vertreten wurden. Der Angeklagte bestritt, daß er Sozialdemokrat sei, daß er von dem Roman mehr als den Titel gekannt, und daß er den Befehl des Generalkommandos gekannt habe, wonach das Hineinbringen sozialdemokratischer Schriften in die Kasernen verboten sei. Der Gerichtshof schenkte ihm keinen Glauben, sondern verurteilte ihn nach dem Antrag des Staatsanwalts zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche. Wenn der Roman „Der Streikbrecher“ keinen Doppeltgänger wirklich sozialistischen Inhalts hat, so ist dem verurteilten Kolporteur selbst vom Ordnungspunkt aus Unrecht geschehen. Ein Kolportageroman mit dem erwähnten Titel wurde vorigen Sommer gewissermaßen zu Gunsten der Zuchthausvorlage geschrieben und ward seine wehleidigen Tendenz wegen von der sozialdemokratischen Presse damals mit gebührendem Spott überschüttet.

### Gemeinde-Zeitung.

**Aus dem Stadthaushalte von Burg.** Mit 66 000 in Einnahme und Ausgabe schließt der Etat der Forstkasse ab. Der Ueberschuß an die Stadtkasse ist auf 47 000 Mark, das ist um 21 000 Mark mehr als im Vorjahre, veranschlagt. Um dieses „Mehr“ zu erreichen, hat man alte Bestände „geopfert“, wie vom Stadtrat Ehred betont wurde. Der Vorsteher meinte, daß es ein wahres Segen sei, daß solche alten Bestände noch vorhanden waren. Wir können in einer solchen Finanzpolitik keinen Segen erblicken. Nüchtern wäre es doch wohl gewesen, die 21 000 Mark auf drei Jahre zu verteilen. Aber man ist eben froh, für dieses Jahr mit 100 Prozent Kommunalsteuerzuschlag auszukommen. Im nächsten Jahre wird der liebe Gott schon für das Weitere sorgen.

Der Haushalt der Kämmererkasse schließt mit 644 000 Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Die Pflasterkosten hofft man circa 22 000 Mark einziehen zu können. Beim Titel Lustbarkeitssteuer, die auf 6270 Mark

## Kleines Feuilleton.

**Buren-Briefe aus Cronjes Lager.** Man schreibt der Frankfurter Zeitung aus Montreal:

Das erste Kontingent Kanadischer Freiwilliger, das sich in den Tagen vom 18. bis 27. Februar bei Paardeberg (so nennt man hier offiziell die verschiedenen Schlachten und Gefechte kollektiv) und besonders beim letzten Sturm auf Cronjes Befestigungen gut geschlagen hat, wurde vom General Roberts belobt und erhielt zur Belohnung die Erlaubnis, in das verlassen Lager des tapferen Buren-Generals als Erste einzurücken. Als sie das Lager betraten, fanden die Soldaten, daß der Feind in aller Eile geflüchtet sein mußte, denn Briefe, Zeitungen usw. lagen in Masse auf dem Boden zerstreut herum und sie wurden von den Soldaten als Andenken aufgelesen.

Ein junger Deutscher, der bei den Komadiern steht, sandte ihrem Korrespondenten eine ganze Anzahl solcher Briefe und ich habe mich dann lange damit beschäftigt, die meistentheils in guter Handschrift geschriebenen Briefe aus dem Holländischen zu übertragen — ich darf wohl versichern, es war eine gar mehrlufige Leistung. Die Schreiben enthielten innige Grüße und Wünsche seitens der Dahingegangenen an die im Felde stehenden Väter, Söhne, Brüder und Söhne; sie sprachen die Hoffnung aus auf ein baldiges Wiedersehen nach hergestelltem ehrenvollem Frieden und bergleichen. Eine Frau schreibt ihrem Mann in ganz vorzüglichem Stil und ebensolcher Schrift:

„Die Ernte ist jetzt in vollem Gange, sie fällt quantitativ nicht so gut aus wie letztes Mal, aber die Qualität ist bedeutend besser. — Alles geht gut, die Kaffern helfen willig mit. Du brauchst Dich nicht zu sorgen, halte Dich nur wacker und kehre gesund und glücklich zu uns heim.“

Ein anderer Brief besagt:

„Endlich werden doch die gebildeten Engländer einsehen, daß der Krieg gegen uns ein ungerechter ist, und ehrenhaft genug sein, unser gutes Recht als selbständige Republik endgültig anzuerkennen.“

Aus allen Briefen weht aber doch ein wohlthuerender Geist echter, tiefmüthigen und glücklichen Familienlebens, daß es einem wehe zu Mut wird, wenn man bedenkt, daß ein solches Volk mit schließlicher Vernichtung bedroht ist.

**Vögel im Orkan.** Ueber die Vernichtung von Vögeln durch einen Orkan wird der Londoner Nature ein merkwürdiges Beispiel mitgeteilt. Vor dem Einritt eines der heftigsten westindischen Wirbelstürme war auf der Insel Sanct Vincent ein kleiner bronzenfarbener Honigvogel weit verbreitet und wegen seines zähen Weizens und seines schönen Gefieders ungemein beliebt. Nachdem der fürchterliche Sturm vorübergegangen, war der Vogel jedoch vollständig verschwunden. Man hat sich kürzlich wieder ein Naturforscher auf der Insel aufgehalten, der jenen Kolibri aus früherer Zeit sehr gut kannte, er konnte aber kein einziges Exemplar davon zu Gesicht bekommen. Auf sein

Fragen erfuhr er, daß überhaupt seit jenem Sturm die Vogelart gänzlich von der Insel verschwunden zu sein schiene. Die Thatsache muß um so unerklärlicher erscheinen, als andere Kolibriarten, die früher weniger häufig waren, als jene bronzenfarbene Art, noch heute auf der Insel zu finden sind. Die einzig mögliche Erklärung muß auf die Annahme herauskommen, daß jener Kolibri die kleinste der drei auf der Insel vorkommenden Arten war und daher am leichtesten von dem Sturme ergriffen, fortgeweht und getödtet werden konnte. Es ist gewiß ein höchst seltener Fall innerhalb der naturkundlichen Geschichte, daß durch einen einzigen Sturm eine Vogelart vollständig zu Grunde gerichtet wird.

**Stilblüten aus Reporterberichten.** Einen Strauß von Stilblüten, gesammelt aus den Manuscripten einiger Reporter, bietet das Neue Wiener Tageblatt dar. Am unheimlich-gelungensten erscheinen uns die nachfolgenden Sätze:

Ich höchsten Grade bestürzt, wurde die Blechbüchse nebst dem Stück Beschadel und der Fäultschnur mit der Annahme, daß dies eine Bombe sei, dem Bezirksgerichte übergeben. Diejenigen Arbeiter, welche die Blechbüchse gefunden und zu tragen hatten, standen wahre Tantalusquale aus.

Erwähnenswert ist, daß beide Willenbesitzer scharfe Bullbuggen haben und sich die ganze Nacht nicht rührten.

Wie aus Czernowitz telegraphiert wird, hat dort der Offiziersstellvertreter M. Z. in Gesellschaft der Tochter eines Wiener Postbeamten zuerst sich und dann seine Geliebte erschossen.

Gestern ist hier Herr N. N. nach kurzwilgigen Krankenlager einem tüchtigen Leiden erlegen. Sein Absterben ruft die lauteste Teilnahme seiner Kollegen hervor.

Mit mehreren Leuten bewaffnet, drang der Direktor in das Zimmer.

Se. Excellenz der Reichsminister ruhte in einem Metall-Doppelsarg. Herr Dr. A. hatte die Gnade, auch im Gumpendorfer Spital von der hohen Besucherin angesprochen zu werden.

Wenzel Wolf arbeitete auf einem Neubau in der Schönbrunnerstraße in Weidling. Dieser war schwerhörig und am linken Auge erblindet. Vor drei Monaten wurde er Witwer.

Ein schnell herbeigerufener Sicherheitswachmann durchschnitt den Riemen und wurde, nachdem ihm die Werkzeuge der Rettungsgesellschaft Hilfe geleistet hatten, in seine Wohnung gebracht.

Es war eine Drogie von Gemegel, die da eine Bestie in Menschengestalt erzeitigt hatte.

Die Bestattung des Heimgegangenen findet im engsten Familienkreise statt.

Der Train zückte dreimal förmlich zusammen. (Beim Sturze eines Felsblockes auf ein Eisenbahngeleise.)

## Das Geheimnis der Nacht.

Ihr habt gewiß zu wiederholten Malen, Von abergläubisch angehauchten Leuten, Die Mär vernommen von gewissen Zahlen, Die allerlei von altersher bedeuten, Und ward's nicht etwa weiter noch getrieben; Gut war die Drei und böse war die Sieben.

Ihr habt's mit Lächeln ruhig hingenommen, Wenn sie Euch Vorsicht ängstlich anempfahlen; Wie sollten denn zu Nacht und Einstuß kommen, So dachtet Ihr, die armen, schlichten Zahlen? Ihr wurdet solchem Wahne nicht zum Raube, Denn drollig lachen Euch solcher Uberglaube.

Und wenn nun wir ins kleine Ihr Euch raunen, Daß eine Zahl es giebt, die ernst und heilig, So ist uns wohl verständlich Euer Staunen, Doch mit dem Urteil seid nicht allzu eilig. „Und welche ist's?“ So hören wir Euch fragen. Ihr sollt die Nacht im Kopf und Herzen tragen!

Und ob uns auch des falschen Goldes Pfaffen, In Nacht und Bann ob solcher Lehre thuen, Wir sagen Euch: Nacht Stunden sollt Ihr schaffen, Acht Stunden Menschen sein, acht Stunden ruhen; Wie sollt Ihr sonst zum Lernen und zum Sinnen Des Geistes Frische und die Zeit gewinnen?

Und viel zu lernen giebt's durchs ganze Leben, In dem so viele Wissensströme fließen, Damit das Schöne wir, das uns gegeben, Damit die Welt wir mit Verstand genießen, Damit an uns wir noch mit grauen Haaren Den holden Hauber der Natur erfahren.

Seitdem uns ihre Miesenträfte dienen, Seitdem der Mensch die Hilfe hat gefunden, Der keiner Last bedürftigen Maschinen, Genügen reichlich die acht Schaffensstunden, Und die zu länger Frohn die Armen zwingen, Die finden uns des Geistes zarte Schwingen.

Begreift Ihr nun, warum nach diesem Ziele An uns Dichten, unser Trachten gehe? Begreift Ihr nun, wie Hohes auf dem Spiele Bei diesem Kampfe in allen Länden hehe? Und wird im Streit mit feindlichen Gewalten Fortan die Nacht die Jugend heilig halten?

(Aus dem Bilderbuch für große und kleine Kinder. Jahrg. 1893.)



**Dahleuwerkleben.** Arbeiter-Gesangverein „Sängerbund“. Jeden Sonnabend Übungsstunde.  
**Gesangverein „Freundesbund“.** Obvestedt. Jeden Sonnabend abend Übung bei Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.  
**Männer-Turnverein Densdorf.** Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8-10 Uhr Übungsstunde.  
**Westerhüsen.** Männer-Turnverein Westerhüsen. Jeden Mittwoch und Sonnabend Turnstunde bei Bekutigan.  
**Neuhaldensleben.** Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.  
**Sonntag, 20. April:**  
 Radfahrerklub „Stern“. Früh 6 Uhr, Ausflug wohin? von „Freibühnenlust“.  
**Wasserstände.**  
 + bedeutet über - unter Null  
**Isar, Eger, Moldau.**

Jungbunzlau	24. April	+ 0.74	25. April	+ 0.60	0.14	—
Saatz	..	+ 1.34	..	+ 1.20	0.14	—
Radwels	..	+ 0.74	..	+ 0.73	0.01	—
Prag	..	+ 1.83	..	+ 1.56	0.07	—
<b>Milde.</b>						
Deffau	25. April	+ 1.03	26. April	+ 1.84	0.14	—
Muldebrücke	..	..	..	..	..	..

		Influent und Saale.			
Strasbourg	25. April	+ 1.50	26. April	+ 1.50	—
Trotha	..	+ 2.44	..	+ 2.40	0.04
Wilsleben	..	+ 2.34	..	+ 2.28	0.06
Bernburg	..	+ 1.92	..	+ 1.88	0.04
Salze, Oberpegel	..	+ 1.80	..	+ 1.76	0.04
do. Unterpeg.	..	+ 1.84	..	+ 1.70	0.14
<b>Elbe.</b>					
Baruth	24. April	+ 1.65	25. April	+ 1.46	0.19
Brandels	..	+ 2.16	..	+ 2.04	0.12
Melmit	..	+ 1.93	..	+ 1.78	0.15
Zeitmeritz	..	+ 1.67	..	+ 1.55	0.12
Witzig	25. ..	+ 2.46	26. ..	+ 2.31	0.15
Dresden	..	+ 1.10	..	+ 0.94	0.16
Torgau	..	+ 3.05	..	+ 3.50	0.15
Wittenberg	..	+ 3.94	..	+ 3.90	0.04
Hoklau	..	+ 4.00	..	+ 3.87	0.13
Barby	..	+ 4.22	..	+ 4.08	0.16
Schönebeck	..	+ 4.01	..	+ 3.85	0.16
Magdeburg	26. ..	+ 3.50	27. ..	+ 3.45	0.05
Langermünde	25. ..	+ 4.46	26. ..	+ 4.36	0.10
Wittenberge	..	+ 4.68	..	+ 4.50	0.18
Dsmitz, Pegel	..	+ 4.35	..	+ 4.23	0.12
Saatenburg	..	+ 4.81	..	+ 4.66	0.15

		Havel.			
Brandenburg	24. April	+ 2.58	25. April	+ 2.54	0.04
do. Oberpegel	..	+ 2.36	..	+ 2.34	0.02
Rathenow	..	..	..	+ 2.14	0.02
do. Oberpegel	..	+ 2.16	..	+ 1.82	—
do. Unterpegel	..	+ 1.82	..	+ 1.82	—
Havelberg	..	+ 4.42	..	+ 4.30	0.12
<b>Ober.</b>					
Koel	24. April	+ 1.44	25. April	+ 1.38	0.06
Wrieg Oberpegel	..	+ 5.00	..	+ 4.98	0.02
do. Unterpegel	..	+ 3.08	..	+ 3.04	0.04
Breslau Oberpeg.	..	+ 5.36	..	+ 5.30	0.06
do. Unterpegel	23. ..	+ 0.70	24. ..	+ 0.58	0.12
Frankfurt	..	+ 3.26	..	+ 3.16	0.10
Küstrin	..	+ 3.99	..	+ 3.90	0.09
<b>Warthe.</b>					
Posen	24. April	+ 2.46	25. April	+ 2.32	0.14
Küstrin	22. ..	+ 2.66	24. ..	+ 2.59	0.07
<b>Wetzel.</b>					
Thorn	20. April	+ 3.18	21. April	+ 3.03	0.10
<b>Nehe.</b>					
Ufch	22. April	+ 1.24	23. März	+ 1.16	0.08



**Singer Nähmaschinen** sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.  
**Singer Nähmaschinen** sind mustergültig in Konstruktion und Ausführung.  
**Singer Nähmaschinen** sind in allen Fabrikbetrieben die meist verbreiteten.  
**Singer Nähmaschinen** sind für die moderne Kunststickerie die geeignetsten.  
 Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Kunststickerie.  
 Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40 jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste Garantie für die Güte unserer Maschinen. Singer Elektromotoren, speziell für Nähmaschinen-Betrieb in allen Größen.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Breiteweg 189/190** gegenüber dem Café National.  
 955 Frühere Firma: G. Neidlinger.

**Schuhwaren**  
 aller Art lauft man billig und haltbar in größter Auswahl bei  
**E. Kaufuss**  
 Schuhwarenlager  
 Neustadt, Lontzenstraße 4.  
 Reparaturen, schnell, sauber und billig.

Meine Wohnung befindet sich jetzt  
**Georgenplatz Nr. 10**  
**Carl Kilian**  
 Dirigent des Freien Orchester-Bereins  
 Magdeburg.  
 jeder Art werden beseitigt  
 angenommen. 1128

Man kauft sehr gut billig und reell nur im Kaufhaus Sudenburg

**Ausverkaufs-Preise**  
 in fertigen Herren-Anzügen!  
 Anzug von 10, 12, 15, 18-33 Mark.  
 Schwarze Frau-Anzüge, feinsten Stoff-Anzug, von 27 M. an  
 Anaden-Anzüge in größter Auswahl von 2.25 M. an bis zu den feinsten  
 Manchester-Anzüge von 4.25 M. an von 3 bis 14 Jahren  
 Buckskin-Hosen, Leber-Hosen, Zwirn-Hosen, Manchester-Hosen  
 Einzelne Jacketts und Westen sehr billig 1158

**Kaufhaus Sudenburg**  
 30c Breiteweg 30c

Man kauft sehr gut billig und reell nur im Kaufhaus Sudenburg

Sudenburg, Breiteweg Nr. 116.  
**Schuhwaren**  
 in großer Auswahl und in jeder Preislage  
 aber alles in  
 dauerhaften Qualitäten  
 empfiehlt  
**W. Coors**  
 Schuhmachermeister  
 Sudenburg, Breiteweg Nr. 116.

**Johannis**  
 Bergstraße 5 werden Uhren zu folgenden  
 Preisen repariert. Eine neue Feder  
 1.75 M., Uhr reinigen 1 M., größere  
 Reparaturen zu jedem annehmbaren Preise.  
 Die geehrten Leser dieses Blattes erhalten  
 bei Abgabe von Reparaturen einen Wetter-  
 Barometer umsonst. 1088  
**M. Heinecke**  
 Uhrmacher  
 — Geschäft gegründet 1840. —

**Friedrichsbad.**  
**Bäder jeder Art.**  
 Sonnabends 7 1/2 Uhr:  
**Schwimmbad mit Brausen**  
 804 10 Pfg.

**Möbel-Ausverkauf**  
 in Sudenburg.  
 Wegen Aufgabe des Ladens Breite-  
 weg Nr. 107 verlaufe mein großes  
 Lager von gutgearbeiteten  
**Möbel, Spiegel- und**  
**Polsterwaren**  
 zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen  
 empfehle ganz besonders eine Partie Plüsch-  
 garnituren, Sofas, Bettstellen mit und  
 ohne Matratzen, Kleiderchränke, Verti-  
 lows, Pfeilerschränke, Trumeaus,  
 Pfeilerspiegel, Stehtische usw. Der  
 Verkauf findet nur in meinem Laden,  
 Kurfürstenstraße Nr. 33, statt.  
**Carl Klotz.**  
 450  
**Regina-Fahrräder.** Goldene  
 Medaille.  
 Verkaufsstelle: Große Münzstraße 9.

**S. Levy vorm. Gottfeld**  
 Sudenburg, Breiteweg 41  
 empfiehlt  
**Garnierte und ungarnte**  
**Damen- und Kinderhüte**  
 nur Neuheiten, zu billigsten Preisen.  
 Das Garnieren und Waschen vorjähriger Hüte wird  
 schnellstens und zu allerbilligsten Preisen ausgeführt.  
**Blumen, Federn und Bänder** in größter Auswahl.  
 Ferner empfehle:  
 Strawatten in größtem Sortiment von 5 und 7 Pfg. an bis  
 zu den feinsten.  
 Kragen, Servietten, Chemisets, Oberhemden, Schirme,  
 Haubtschähe, Korsetts, Strümpfe,  
 Bethe und farbige Unterröcke.  
 Sport- und Normalhemden und Sportgürtel.  
 Selbstgefertigte Wäsche für Herren, Damen und Kinder  
 in bester Ausführung, bekannt gut und billig.  
 Wolle in größtem Sortiment, noch zu alten Preisen. 1153

**Für Kinder**  
 die im freien spielen  
 sind  
**Gummi- und**  
**Wachstuch-Schürzen**  
 die allerpraktischsten!!  
 Man erspart die mühselige und kost-  
 spielige Wäsche und die Kinder gehen  
 immer sauber und nett. Ich biete darin  
 eine überraschend große Auswahl.  
**Kinder-Schürzen**  
 von 30 Pfg. an.  
**Wirtschafts-Schürzen**  
 von Mf. 1.— an.  
**Hugo Nehab**  
 Spezialgeschäft  
 für Gummiwaren, Wachstuch und Linoleum  
 2 Johannisbergstraße 2  
 am Alten Markt  
 gegenüber den Rathaus-Kolonnen.

Empfehle meine Vertretung von  
**Hebelrädern**  
 (26 Prozent Kräfteersparnis).  
 Des Menschen Geist drängt unaufhaltsam  
 zu hundertfacher Thätigkeit,  
 Das Fahrrad zwingt den Raum gewaltiam,  
 Die Nähmaschine zwingt die Zeit;  
 Drum der Maschine stets vertrau' man,  
 Sie ist's, die einem vorwärts bringt,  
 Und lauft man sie von August Biegler,  
 So lauft man trefflich unbedingt. 1081  
**Aug. Ziegler**  
 Helmstedterstr. 2.  
 Vertreter der Firma A. Rose, Magdeburg, Breiteweg 264.